

Europakrise und neuer Protestzyklus – Impuls auch zur Erneuerung der Gewerkschaften?

1. Einleitung

Die Europakrise beschäftigt die öffentliche wie wissenschaftliche Debatte seit etlichen Jahren. Seit Ausbruch der Weltfinanz- und dann der neuen Weltwirtschaftskrise (Krugman 2009) hat „das sanfte Monster Brüssel“ (Enzensberger 2011) ungebrochen – und näher betrachtet, konsequent an die ordo-liberalen Konzepte die, wie Enzensberger zeigt, am Beginn des europäischen Projekts standen, anknüpfend - darauf gesetzt, im Zeichen neoliberaler Glaubenssätze der ökonomischen Krise zu begegnen. Für die Menschen in den südeuropäischen Ländern, hat sich das „sanfte Monster“ dabei allerdings verändert. Die rigide Austeritätspolitik in Reaktion auf die ökonomische Krise bedeutete hier die konsequente Zerschlagung aller Ansätze, die mit dem Versprechen auf eine nachholende Sozialstaatlichkeit zu Zeiten ihres EU-Beitritts in den 1980er Jahren verknüpft gewesen sind. Und wenn mit dem neoliberalen Projekt und der Einführung des Euro für die Menschen in den Ländern der Kernzone der EU um die Jahrtausendwende noch das Versprechen auf mehr Freiheit, wachsende Märkte und größeren Wohlstand verknüpft war, so beruht der „Triumph gescheiterter Ideen“ (Lehndorff 2012) dort inzwischen auf der Drohung, dass bei sinkender Bereitschaft zu weiteren „Reformen“ im Sinne einer weiteren Liberalisierung der Märkte und Privatisierung verbliebener staatlicher Wirtschaftsaktivitäten die ohnehin erodierende Sozialstaatlichkeit nicht mehr gesichert werden könne. An die Stelle gemeinsamer europäischer Zukunftsperspektiven sind in der EU Schuldzuweisungen getreten. Zugleich werden gegenüber den Menschen die alten, falschen Versprechungen nun im Blick auf die Schaffung neuer Märkte und Freihandelszonen (TTIP) wiederholt.

Die Ergebnisse, die die rigide Sparpolitik im Zeichen neoliberaler Glaubenssätze in der EU gezeitigt hat, sind bekannt: die ökonomische Krise hat sich weiter verschärft, und zunehmend ist die EU auch in eine politische Krise geraten. Die fortschreitende Aushöhlung demokratischer Rechte unter dem Label der „Marktkonformität“ ist zunächst zum Thema neuer Protestbewegungen geworden, vor allem in den südeuropäischen Ländern, wo die ökonomische Krise die Menschen besonders hart trifft. Die Wahl von Syriza in Griechenland war dann ein „Votum gegen das erniedrigende soziale Elend“ und hat „Sand ins Brüsseler Getriebe gestreut“ (Habermas 2015). Und nachdem linksalternative Bewegungen in Madrid, Barcelona und den meisten großen Städten beachtliche Erfolge errungen haben oder gar zur stärksten politischen Kraft geworden sind, mag mancher Europapolitiker ein wenig beunruhigt auf die kommenden Parlamentswahlen in Spanien blicken. Folgerichtig haben sich die Schuldzuwei-

sungen gegenüber der neuen linksalternativen Regierung in Griechenland noch einmal verschärft.

Und spätestens seit der jüngsten „Lösung“ der „Griechenland-Krise“ ist die politische Krise der EU auch hierzulande nicht länger allein Gegenstand akademischer¹ und hinsichtlich ihres Adressatenkreises ebenfalls, freilich anders begrenzter linker politischer Debatten. Angesichts der Art und Weise, in der die Bundesregierung mit der Drohung des „Grexit auf Zeit“ ihre harte neoliberale Linie durchgesetzt und Griechenland noch mehr von jenem Rezept verordnet hat, das Amartya Sen mit einem Medikament verglichen hat, „das eine toxische Mischung aus Antibiotika und Rattengift enthält“ (zitiert nach Habermas 2015), ist sogar ein ganz klein wenig Bewegung in die hiesige mediale Berichterstattung gekommen, die bislang den harten neoliberalen Kurs der Bundesregierung unkritisch flankiert hat. Zweifel an der Richtigkeit der aus Brüssel und Berlin verordneten Medizin lassen sich aus den deutschen Politik-Talkshows inzwischen nicht mehr gänzlich heraushalten. Und angesichts der vom Bundesfinanzminister ausgelösten Debatte um einen befristeten „Grexit“ zeigen sich frühere sozialdemokratische Europapolitiker wie Günter Verheugen (2015) um den Zusammenhalt Europas zutiefst besorgt. Größerer Sympathien für linkskeynesianische wirtschaftspolitische Alternativen kaum verdächtig, fordert er gleichwohl politische Lösungen und den Verzicht auf wechselseitige Schuldzuweisungen und weist darauf hin, dass „die Griechenlandhetze (...) bei uns angefangen“ hat.² Augenscheinlich ist Deutschland als ein Hegemon in der EU, der seine ökonomische Machtposition massiv zur Geltung bringt, nicht mehr zu übersehen. In den Kommentaren auch eher konservativer ausländischer Zeitungen findet sich seit dem 11./12. 07. ein neuer kritischer Ton. Und Im politischen Gefüge der EU sind Risse entstanden.

Seit 2009 hat das Forum neue Politik der Arbeit ([www:FNPA.de](http://www.FNPA.de)) auf die europäischen Krisenentwicklungen damit reagiert, dass es auf inzwischen sechs Jahrestagungen die Europa-Krise zum Thema gemacht hat. Dabei hat sich der Themenschwerpunkt - ausgehend von ökonomischen, allgemeineren europapolitischen Themen und grundlegenden Fragen zu, auch wirtschaftsdemokratischen Alternativen gegenüber der herrschenden TINA-Politik zunehmend zu den Rahmenbedingungen und Handlungsperspektiven gewerkschaftlicher Arbeitspolitik verschoben – ausgehend von je nationalen Gegebenheiten aber auf eine integrierende europapolitische Perspektive zielend. Angesichts der Defensive, in die die Gewerkschaften überall

¹ Zu jüngsten Entwicklungen des akademischen Diskurses siehe die Beiträge von Jürgen Habermas, Hauke Brunkhorst, Fritz W. Scharpf und Martin Höpner in der Zeitschrift *Leviathan*, zu einer kritischen Bewertung siehe Martens 2015c.

² Hier sei daran erinnert, dass Bickes u.a. (2012) kritisch die Dynamik der Konstruktion von Differenz und Feindseligkeit am Beispiel der Berichterstattung zur Finanzkrise Griechenlands nachgezeichnet haben. In ihrer Analyse wird sichtbar, wie hier geradezu eine Kampagne in Gang gekommen ist, deren Ausgangspunkt im Übrigen keineswegs der Boulevard-Journalismus war, der sie dann freilich erst massenwirksam entfaltet hat. Das Ergebnis waren „Feindbildproduktion“ (vgl. Wehr. 2013) und eine weiter forcierte neoliberale Politik, die diese mediale Flankierung nutzte.

geraten sind, liegt es auf der Hand, dass die Ergebnisse entsprechender Analysen durchaus ernüchternd sind.³ Es ist deshalb daran zu erinnern, dass das Forum in den Jahren 2001/2002 seine Arbeit in der Absicht aufgenommen hat, eine Diskussionsplattform nicht nur für Gewerkschaften und gewerkschaftsnahe Wissenschaftler zu schaffen, sondern auch Repräsentanten neuer sozialer Bewegungen einzubeziehen. Die damit verknüpfte Erwartung war, so den Blick auf Möglichkeitsräume für gegen die herrschende TINA-Politik gerichtete (arbeits)politische Neuansätze zu erweitern. Diese Überlegung folgte nicht zuletzt in Reaktion auf Erfahrungen, die wir in der alten Bundesrepublik in den 1980er Jahren angesichts des Aufkommens neuer sozialer Bewegungen gemacht haben: Schnittstellen zur Ökologie- und zur Frauenbewegung mögen z.T. nicht leicht herstellbar gewesen sein zumal sich die Bedingungen dafür im Zeichen des neoliberalen Rollbacks oder auch angesichts dramatisch sinkender Mitgliederzahlen der Gewerkschaften⁴ verschlechtert haben, aber diejenigen, die sie im wissenschaftlichen Diskurs von vorneherein für unmöglich herstellbar erklärten, landeten so schnell im Blick auf die Gewerkschaften in zunehmend konservativen neoinstitutionalistischen Ansätzen.⁵

Im nachfolgenden Aufsatz nehme ich diese damaligen Überlegungen aus gegebenem Anlass wieder auf und richte dazu den Blick auf die Entwicklungen im von der Europakrise besonders gebeutelten Südeuropa. Die Zahl der Länder zu

³ Vgl. Zu den Jahrestagung 2014 über „gewerkschaftspolitische Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Arbeitspolitik“ und 2015 über „nationale europäische Gewerkschaften in Zeiten der Eurokrise – Entwicklungstendenzen und Strategien im Vergleich“ die Tagungsdokumentationen auf der Homepage des Forums. Zur Jahrestagung 2015 ist ein Tagungsband im Erscheinen.

⁴ Klaus Dörre (1999) hat so z.B. anhand mehrerer Fallstudien gezeigt dass den Gewerkschaften auf Seiten des Managements zunehmend potentielle Bündnispartner für eine regionale Industriepolitik verloren gegangen sind; und an der Untersuchung von Ammon u.a. (2006), die dem schwierigen und letztlich gescheiterten Versuch der IG-BAU nachgegangen ist, ihre Politik an einem neuen Leitbild von Nachhaltigkeit neu auszurichten und dabei auch Kooperationen mit aus der Ökologiebewegung heraus entstandenen NGOs einzugehen, werden exemplarisch einige Probleme sichtbar. Abgesehen davon dass das neue Nachhaltigkeitsleitbild ökologisch verengt gefasst, also nicht auch auf ökonomische oder politische Nachhaltigkeit hin entfaltet wurde, hatten die Protagonisten solcher Kooperationsansätze nicht nur mit unterschiedlichen Orientierungen und Handlungszwängen zu kämpfen, sondern u.a. auch damit, dass ein dramatischer Mitgliederrückgang der Gewerkschaft knapper werdende personelle Kapazitäten aufgrund wiederholt notwendiger organisatorischer Anpassungsprozesse gebunden hat (Martens 2006).

⁵ Walther Müller-Jentsch z. B. hat seine Positionen in diesem Sinne verändert, als er Mitte der 1980er Jahre den Gewerkschaften – als „integrativem Bestandteil des mit dem Industrialismus symbiotisch verbundenden bürokratischen Gehäuses“ jegliche Fähigkeit zur Öffnung gegenüber den damals neuen sozialen Bewegungen (Ökologiebewegung, Frauenbewegung) abgesprochen und – in expliziter Absetzung gegenüber Peter von Oertzen, der im gleichen Jahr „für einen neuen Reformismus“ (v. Oertzen 1984) plädierte - alle Hoffnungen auf „die Stärkung der Selbsttätigkeit der einzelnen Arbeitnehmer, die Demokratisierung des Betriebs, mehr Gewerkschaftsdemokratie und – last but not least – die Entbürokratisierung des Tarifwesens“ aufgegeben hat (Müller-Jentsch 1984, 27). Zu einer zur gleichen Zeit formulierten gegenläufigen Position vgl. Martens/Peter/Wolf 1984).

denen hier gut fundierte erste Untersuchungen vorliegen, ist nicht groß, denn im Kern gibt es sie nur für Griechenland und Spanien. Gleichwohl lassen sich die dortigen Entwicklungen zum einen in allgemeinere Entwicklungstrends einbetten; und zum anderen sind sich sehr wohl aufschlussreich. Und auch wenn uns im Falle Griechenlands gerade vor Augen geführt wird, wie „die Politiker in Brüssel und Berlin (sich) weigern (...) ihren Kollegen aus Athen als Politiker zu begegnen (Habermas 2015)⁶, und so den Politisierungsprozess in Griechenland zu brechen versuchen, bleiben die dort bis dahin gemachten Erfahrungen durchaus wichtig. Denn man darf wohl mit Karl Georg Zinn (2015, 27) davon ausgehen, dass „der griechische Aufstand gegen den neoliberalistischen Kapitalismus (...) keine Singularität bleiben“.

2. Ein neuer Protestzyklus?

Mit Blick auf die Referate und Diskussionen auf der FNPA-Jahrestagung 2015 (FNPA 2015) kann man sagen (vgl. Rieger 2015): vom Beginn des europäischen Projekts an wurden die Gewerkschaften benötigt und aktiv eingebunden – und mit der Perspektive auf ein soziales Europa war das gerade auch ihr Projekt. Dass es sich dabei, beginnend mit der Montan- und dann der Wirtschaftsunion um ein eher ordo-liberales Projekt handelte, dem insbesondere die Einbettung in einen politischen Prozess, der mit der Herstellung von Öffentlichkeit zu verknüpfen gewesen wäre, fern lag, bereitete ihnen dabei in den ökonomisch dynamischen ersten Nachkriegsjahrzehnten kein Problem. Mit Beginn des neoliberalen Rollbacks wurden sie dann aber immer mehr an den Rand gedrängt. Und im Blick auf die jüngsten südeuropäischen Entwicklungen müssen sich die Gewerkschaften mittlerweile die Möglichkeit vor Augen führen, dass sie für den herrschenden Politikbetrieb so verzichtbar werden könnten, wie es dort schon der Fall ist. Die immer noch herrschende Austeritätspolitik forciert ja ein „race to the bottom“. Die Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit im Süden, und aktuell in Frankreich, durch Nachahmung des deutschen Modells der Agenda 2010⁷ dreht die Spirale weiter und wird letztlich neuen Druck auf die Arbeitskosten bei uns schaffen.

Fragen danach, wie im „umkämpften Projekt Europa“ (Rieger 2014) Alternativen aus gewerkschaftlicher Sicht aussehen können und wie die seit 2012 erhobenen Forderungen führender deutscher Gewerkschafter „Europa neu zu begründen“ (www.ewuropa-neu-begründen.de) von den Gewerkschaften selbst angesichts der mehr oder minder massiven Schwächung ihrer Machtpositionen in den einzelnen

⁶ Habermas schreibt – zwei Wochen vor der Drohung des „Grexit auf Zeit“ - an der zitierten Stelle durchaus polemisch weiter: „Diese Verwandlung in Zombies hat den Sinn, der verschleppten Insolvenz eines Staates den Anschein eines unpolitischen, vor Gerichten einklagbaren privatrechtlichen Vorgangs zu geben, Denn dann lässt sich eine politische Mitverantwortung umso leichter leugnen.“

⁷ Siehe dazu den Vortrag von Guillaume Duval zum „Pakt der Verantwortung“ in Frankreich auf der FNPA-Jahrestagung 2014 (FNPA 2014).

Mitgliedsländern der EU forciert werden könnten, können in solcher Lage nicht unter Absehung von neuen sozialen Bewegungen behandelt werden, die seit 2010 – nicht nur in Europa, sondern weltweit – in Reaktion auf die neoliberalen Strategien einer Krisenbewältigung zu Lasten der abhängig Beschäftigten entstanden sind. In der vorliegenden Literatur wird in diesem Zusammenhang von einem „Epochenbruch“ angesichts neuer sozialer Proteste zwischen Organisation und Bewegung“ gesprochen (Azzellini 2014). Zwischen ökonomischen und demokratisch-politischen Protesten werden wechselseitige Bezüge hervorgehoben (Bewernitz 2014). Ansätze zu gewerkschaftlicher Erneuerung in Südeuropäischen Ländern werden im engen Zusammenhang mit neuen Protest- und Sozialbewegungen gesehen (Vogiatzloglou 2014 und Köhler/Jiménez 2014), die ihrerseits als Teil eines neuen Protestzyklus verstanden werden (Huke/Tietje 2014), den wiederum andere Autoren als globalen Protestzyklus begreifen und folgerichtig im Hinblick auf mittelfristige strategische Perspektiven einer „globalen Linken“ diskutieren (Wallerstein 2014).

Die bei Gründung des FNPA im Jahr 2001 einmal intendierte Schaffung einer Dialogplattform nicht nur für Gewerkschaften und gewerkschaftsnahe Wissenschaft, sondern zugleich unter Einbeziehung von Repräsentanten von neuen sozialen Bewegungen und NGOs wird einem auch hier wieder in Erinnerung gerufen. Und die These vom „Epochenbruch“ ist bereits in den Debatten des FNPA sehr früh im Hinblick auf den inzwischen mehr als dreißig Jahre währenden Prozess struktureller Umbrüche im Zeichen der neoliberalen Konterrevolution in den „Spandauer Thesen formuliert“ worden (Scholz u.a. 2006). Nun begegnet sie einem wieder als der Versuch, das spezifische Neue der sozialen Bewegungen zu kennzeichnen, die seit Ende 2010 in Reaktion darauf zu beobachten sind. Die Sichtung der vorliegenden Literatur liefert so allen Anlass, ältere Überlegungen im Licht von aktuellen Krisenerfahrungen und Revitalisierungsanstrengungen neu zu durchdenken. Und auch die zwischenzeitlich durch die FNPA-Debatten um eine „neue Wirtschaftsdemokratie“ (Martens 2010, Martens/Scholz 2011, Martens 2015a) angeregten und die dann von mir individuell weiterverfolgten, eher grundagentheoretischen Arbeiten zum Verständnis der multiplen Krisenentwicklungen (Martens 2014a) und angesichts der Krise der Politik weiter zum Verhältnis von Elitenherrschaft und radikaler Demokratie (Martens 2015b) finden angesichts der neuen sozialen Bewegungen neue Anknüpfungspunkte zum Weiterdenken.

Man könnte nun einwenden, dass die vorliegende deutschsprachige Literatur zum Thema insgesamt eher schmal ist. Im „Widerspruch“ gibt es einen Beitrag von Andreas Rieger (2014) zu den europapolitischen Debatten der Gewerkschaften, der aber über den Stand der Diskussionen kaum hinausreicht, die wir im Rahmen des FNPA seit 2008 auf etlichen Jahrestagungen immer wieder geführt haben (Scholz u.a. 2009, FNPA 2011, 2012, 2013, 2014 und 2015, Martens 2014 b und c). Doch neuere Analysen zu Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen u.a. angesichts der Europa-Krise findet man eigentlich nur an zwei Stellen: Zum einen gibt es das Heft der PROKLA (2014/177) mit dem Schwerpunkt „globale Proteste zwischen Protest und Bewegung“. Weiter stößt man noch auf den einen oder anderen Aufsatz in den

WSI-Mitteilungen. Im Blick auf neue soziale Bewegungen bleibt weiterhin noch das Buch von Candeias/Völpel (2014) zu erwähnen, das ausführliche Analysen zu neueren Entwicklungen in den USA (Occupy-Bewegung), Griechenland (Syntagma und Syriza) sowie Spanien (Indignad@s und 15M) bietet. Andere, auch noch relativ neue Bücher zur Europa-Krise (Sauer/Wahl 2013, Buckel u.a. 2013) beinhalten Analysen zu Krisenursachen und Überlegungen zu alternativer Politik. Sie bieten aber weder Berichte und Analysen über neue soziale Bewegungen noch über die Reaktionen der Gewerkschaften angesichts der Folgen der herrschenden Austeritätspolitik. Das Buch von Stefan Schmalz und Klaus Dörre (2013) „Comeback der Gewerkschaften“ schließlich ist zwar stark auf die Gewerkschaften und den zu ihrer Analyse entwickelten Machtressourcenansatz (Brinkmann u.a. 2008) fokussiert. Die Beiträge zielen aber auf Organisingansätze in den USA und Übertragungsversuche hierzulande, auf „Sozial-Movement-Unionism“ und Arbeitskonflikte in Afrika, Lateinamerika und Asien.

Es gibt aber auch Argumente gegen solche Vorbehalte: So stützen sich einige der Beiträge in der PROKLA und in den WSI-Mitteilungen auf relativ breite und z. T. auch langjährige Recherchen, auf Interviews, Beobachtungen Dokumentenanalysen usw., sodass sich dann doch ein einigermaßen gut fundiertes Bild ergibt – jedenfalls im Blick auf wichtige südeuropäische Länder. Dies wird deutlich, wenn man sich nach Durchsicht von Gesamtschätzungen – etwa im Editorial des erwähnten Schwerpunktheftes der PROKLA oder dem Aufsatz im Widerspruch – den Einzelanalysen näher zuwendet. Da ich diese Analysen zudem auf der Folie einer, wie ich denke, recht guten Kenntnis der deutschen Entwicklungen sowie der Analysen auf der FNPA-Jahrestagung 2015 betrachten kann, denke ich, dass die herangezogene Empirie tragfähig für einige generellere Schlussfolgerungen ist. Eine mir wichtige Ausgangsüberlegung möchte ich dazu voranstellen.

Was immer wieder, z. B. in dem oben erwähnten Überblicksartikel von Rieger, auffällt ist, wie selbstverständlich wir in unseren Diskursen von der Gewerkschaftsbewegung sprechen. Das unvermittelte Nebeneinander von „europäischer Gewerkschaftsbewegung“ und dann dem EGB als „Dachorganisation mit Lobby-Sekretariat“ bei Rieger stößt einen aber geradezu darauf, diese Selbstverständlichkeit vor dem Hintergrund der fortgesetzten Defensive, in der die Gewerkschaften immer noch verharren, kritisch zu durchdenken. Gewerkschaften sind Organisationen und Institutionen, die aus einer alten, vergangenen sozialen Bewegung⁸ hervorgegangen sind. Sich

⁸ Erhard Lucas (1983) hat wohl eine der konsequentesten Analysen „vom Scheitern der deutschen Arbeiterbewegung“ vorgelegt, das er u.a. über eine Kritik ihres Fortschrittsglaubens und dessen Ohnmacht angesichts zweier Weltkriege und der Niederlage gegenüber dem Faschismus am Beispiel von Biographien als Prozess von „Zerstörtwerden und Selbstzerstörung“ (a. a. O.174) nachgezeichnet hat. Er behandelt so mit dem Scheitern auch das Ende einer Bewegung. Aber er analysiert nicht mehr die daran nach 1945 anschließenden höchst erfolgreichen gewerkschaftlichen Institutionalisierungsprozesse. Und seine Analyse mündet in die Feststellung, dass die Arbeiterbewegung in dem, worin sie gescheitert sei, den Bewegungen von 1983 („den Alternativen, der Frauenbewegung, der Friedensbewegung“) viel zu sagen habe und „überhaupt viel davon abhängen (werde), ob diese Bewegungen sich füreinander öffnen und voneinander lernen“ (Lucas 1983,189).

darüber theoretisch Klarheit zu verschaffen, dass sie damit ihren Charakter als Teil einer sozialen Bewegung wesentlich verändert haben *müssen*, das wird in linken Diskursen bis auf den Tag kaum einmal ernstlich reflektiert (siehe aber Martens 2005). Das wäre aber zwingend, um präziser zu erfassen, wie sie sich heute als Interessenverbände zu neuen sozialen Bewegungen verhalten und welche Bewegungsmomente sie selbst - aus ihrem historischen Selbstverständnis heraus und im Blick auf ihre Handlungsbedingungen – neu entfalten *können*. Auch die sinnvollen analytischen Unterscheidungen bei Brinkmann u.a. (2008) zwischen (1) struktureller, (2) organisatorischer, (3) institutioneller und (4) kommunikativer Macht der Gewerkschaften reflektieren den Umstand nicht, dass Gewerkschaften als Organisationen – erwachsen aus einer alten, vergangenen sozialen Bewegung – auch selbst einen Institutionalisierungsprozess vollzogen haben. Und auch wenn sie heute zunehmend weniger den Charakter einer Institution zu haben scheinen,⁹ wirken institutionell verankerte Muster weiter.

Wie damit angedeutet, erscheint mir, ähnlich wie Lucas (1983), das Verhältnis von alten und neuen sozialen Bewegungen auch heute im Blick auf Reaktionen auf die Europakrise als wichtig – allerdings erweitert und geschärft durch einen institutionentheoretischen Blickwinkel.¹⁰ Die Herausgeber des PROKLA-Schwerpunktheftes fokussieren ihre Überlegungen im Editorial (2014) stark auf neue Protestbewegungen und die Frage nach einem „neuen Protestzyklus“. Die „alten“ Gewerkschaften spielen hingegen kaum eine Rolle. Dabei fällt auf, dass Wolfgang Roth, der schon auf der FNPA-Jahrestagung 2012 Bezüge zwischen der Frage nach gewerkschaftlicher Erneuerung in der Europa-Krise und den neuen sozialen Bewegungen hergestellt hat, die in der Heftigkeit der Jahre 2010/11 nur mit den Bewegungen von 1968 und – auf Osteuropa bezogen - 1989 zu vergleichen seien (Roth 2012), hier keine Erwähnung findet. Die Autoren des Editorials beschränken sich naheliegender Weise auf die Beiträge in ihrem Heft.

Es geht ihnen zunächst um die Frage, ob die Massenproteste seit Dezember 2010 weltweit für einen neuen Protestzyklus stehen. Aufgereiht werden:

- Tunesien/Dezember 2010 und der arabische Frühling/2011,
- Südeuropa (Spanien, Griechenland, Portugal 2011ff),
- Israel (2011),

⁹ In Deutschland war bei der IGBE so etwas wie ein institutioneller Charakter vielleicht noch am längsten deutlich ausgeprägt. Die Analyse von Protokollen teilnehmender Beobachtung von Ortsgruppensitzungen der IGBE in den Jahren 1990/91 (Martens/Steinke 1993, 104-163) zeigten z.B. immer wieder, dass hier die Organisation sozusagen „immer mit am Tisch saß“, ohne dass es dazu der Teilnahme eines hauptamtlichen Funktionärs an diesen Sitzungen bedurft hätte, die es auch in aller Regel nicht gab. Stark verankerte institutionelle Leitideen prägten das Denken und Handeln der ehrenamtlichen Funktionäre dieser aus politisch stark unterschiedlichen Strömungen entstandenen Gewerkschaft in hohem Maße.

¹⁰ Theoretisch erhellend sind hier nach meiner Auffassung die Überlegungen zur Theorie und Analyse institutioneller Mechanismen (TAIM), die Karl –Siegbert Rehberg 1994 im Rahmen des DFG-Förderschwerpunkts „Theorie politischer Institutionen“ vorgelegt hat.

- USA (Occupy) und Deutschland (Stuttgart. 21) 2011,
- schließlich Südosteuropa (u.a. Kroatien u. Bosnien-Herzegowina) 2014
- und dann noch die Türkei und Brasilien 2013 und 2014.

Bei vielen Unterschieden wird nach Gemeinsamkeiten gefragt. Um nicht einfach Hardt/Negris Multitude-Konzept zu folgen (Hardt/Negri 2002), das nie bei den wirklichen Kämpfen ankommt (Wolf 2008), sei es wichtig, hier die einzelnen Bewegungen empirisch genauer zu betrachten:

- Es sind Proteste gegen die Krise, aber auch Proteste in Staaten mit noch dynamischer ökonomischer Entwicklung (Brasilien, Türkei).
- Erhebliche Bedeutung werde allen diesen Protestbewegungen der Frage der Demokratie beigemessen, v. a. in Staaten mit junger/fragiler Geschichte der bürgerlichen Demokratie (Spanien, Portugal, Griechenland, Türkei).¹¹
- Auch ein relativ einheitliches Klassensegment wird als Grundlage der Proteste angesprochen: Es seien immer gut ausgebildete junge Menschen, was allerdings angesichts des niedrigen Altersdurchschnitts der Bevölkerung in den Maghreb-Staaten kein so überzeugendes unterscheidendes Merkmal sei.¹²
- Soziale Medien spielen eine wichtige Rolle, allerdings meist nicht zu Beginn,¹³ und es gebe vielleicht auch so etwas wie eine urbane Dimension der Bewegungen.
- In einer spanischen Zeitschrift (arranca) werde geschrieben, die Proteste markierten einen „Epochenbruch“.

Diese These vertritt auch Dario Azzelini in seinem Beitrag in eben diesem Heft, wobei er neben den im Editorial aufgelisteten Punkten noch weitere hervorhebt, nämlich:

- Die Orientierung auf Selbstorganisation statt Repräsentation,
- die Horizontalität der Bewegungen,
- den Umstand, dass die Bewegungen sich international wiedererkennen, Slogans voneinander entleihen und symbolisch miteinander kommunizieren.

Man muss seiner insgesamt recht optimistische Einschätzung von Langzeitfolgen der Bewegungen im Hinblick auf die Herausbildung einer neuen „konstituierenden Macht“ und der „Rückkehr der Klassenfrage“ – Arbeit gegen Kapital in einer Breite

¹¹ Wie die Einzelanalysen zeigen, gilt das aber auch für Brasilien, auf das im Editorial nicht verwiesen wird.

¹² Und wie das Beispiel der LandarbeiterInnen-Gewerkschaft SAT in Spanien bei Huke/Tietje (2014) zeigt, ist auch das Merkmal der hohen Qualifikation noch zu differenzieren. Auch Vogiatzoglou (2014) liefert dafür weitere Hinweise.

¹³ Diesen Aspekt betont insbesondere Roth (2012) für die sozialen Bewegungen der Jahre 2010/2011. Er spricht von der katalytischen Funktion von Social Media im Zuge der raschen Entfaltung des Protests. Kennzeichnend sind ihm zufolge Vernetzungsdichte, hohe Spontaneität und hohe Dynamik. Der Protest entwickle sich so in Gestalt nicht linearer Systeme. Man könne über die Netze mächtig werden und Macht definiere sich neu.

wie seit Jahrzehnten nicht – nicht uneingeschränkt zustimmen (so auch die Autoren des Editorials, s. u.), aber die These von einem Epochenbruch, in dem mit Arendt formuliert in Prozessen basisdemokratischer Selbstorganisation „das Wunder der Politik“ sichtbar wird, hat, nimmt man alle diese Aspekte zusammen, doch einige Argumente für sich.

Aktuell - so wieder die Ausführungen im Editorial des Schwerpunktheftes der PROKLA, die sich da von denen der Beobachter und Analysten einzelner Bewegungen doch unterscheiden - seien alle diese Bewegungen jedoch nicht mehr präsent:

- Das Rollback in den arabischen Staaten läuft.
- Die Austeritätspolitik in der EU wurde nicht gestoppt.
- Direkte/horizontale Demokratie war zeit- und kraftraubend.
- Die Bewegungen haben sich von den Plätzen weg in den Alltag der Stadtteile hinein „reterritorialisiert“.
- Es bleibe abzuwarten, was sich daraus weiter entwickelt.

Und schließlich wird dann auch auf die populistischen Bewegungen von rechts verwiesen, und es wird die Frage nach längerfristigen Periodisierungen aufgeworfen.

- Die Krise der Repräsentation werde auch von rechtspopulistischen Bewegungen genutzt.
- Die Frage nach langfristigen Zyklen (68, 80er Jahre, Entwicklungen nach 2000) stelle sich.

Damit ist ein weiter Rahmen aufgespannt, innerhalb dessen nunmehr verschiedene Einzelanalysen zur Frage gewerkschaftlicher Reaktionen auf die Europakrise näher betrachtet werden können, und es scheint dabei unumgänglich diese Analysen in den Zusammenhang der neuen sozialen Bewegungen zu stellen. Zwar bleibt eine solche Analyse auf einen von vier unterschiedlichen Grundtypen von Gewerkschaften innerhalb der EU begrenzt¹⁴, aber wenn man zugleich über einen ziemlich genauen Überblick über die Entwicklungen in Deutschland verfügt, darf man gleichwohl auf verallgemeinerungsfähige Ergebnisse hoffen. Allerdings zeigt sich zum einen, dass die vorliegende Literatur allenfalls ansatzweise diese Wechselbeziehungen analysiert. Zum anderen ist nicht zu übersehen, dass mit der aktuell von Berlin und Brüssel herbeigeführten „Lösung“ der „Griechenlandkrise“ „die Widerkehr des Politischen gegen den Amoklauf der Ökonomie“ (ISM 2015) erst einmal gestoppt worden ist. Man mag hier kühl kalkulierte Machtpolitik und/oder ideologische Verblendung am

¹⁴ Hans Wolfgang Platzer (2015) unterscheidet seit dem Ende der 1990er Jahre vier Gewerkschaftstypen: (1) den nordischen Korporatismus, (2) die kontinentaleuropäische Sozialpartnerschaft, (3) den angelsächsischen Pluralismus und (4) die romanische Polarisierung. In Osteuropa komme da die Herausbildung eines eigenständigen Transittypus, mit Binnendifferenzierungen, hinzu; und in Frankreich sei seit längerem die Herausbildung von so etwas wie einer Hybridisierung des polarisierenden Modells in Richtung Sozialpartnerschaft zu beobachten. Aber im Kern hätten sich die vier Haupttypen durchgehalten.

Werke sehen, oder aber wie ich, eher dazu neigen, im Rückgriff auf Hannah Arendts Analyse, nur eben auf einem anderen Feld als dem der US-amerikanischen Südostasienpolitik der 1950er und 1960er Jahre, die in den Vietnamkrieg und schließlich die Niederlage der USA mündete, einen fortschreitenden Prozess von Selbsttäuschung, Täuschung, Lüge und schließlich handfestem Wirklichkeitsverlust zu konstatieren (Martens 2014a, 37- 44). Da man aber in jedem Fall mit Karl Georg Zinn (2015, 27) davon ausgehen kann, dass „der griechische Aufstand gegen den neoliberalistischen Kapitalismus (...) keine Singularität bleiben“ wird, tut man gut daran, sich die Erfahrungen genauer anzusehen, die Gewerkschaften und soziale Protestbewegungen angesichts der besonders dramatischen Krisenentwicklungen in den südeuropäischen Ländern gemacht haben – nicht nur mit dem herrschenden Politikbetrieb oder der „Gewalt des Zusammenhangs“ der herrschenden Verhältnisse (Negt/Kluge 1981,771-1089) sondern auch miteinander.

3. Gewerkschaftliche Erneuerung in Spanien

Huke/Tietje (2014) charakterisieren die Ausgangslage wie folgt: CCOO und UGT vereinigen als tendenziell sozialdemokratische Mehrheitsgewerkschaften ca. 70% der Stimmen bei den Wahlen zu den Betriebskomitees auf sich. Es gibt aber auch starke regionale Gewerkschaften v. a. in Andalusien und im Baskenland; Der gewerkschaftliche Organisationsgrad liegt 2010 insgesamt bei 18%, (bei 31% im öffentlichen Sektor und 15,1% in der privaten Wirtschaft). Etwa 80% der Beschäftigten arbeiten zu dieser Zeit aufgrund von gesetzlichen Regelungen zur Allgemeinverbindlichkeit unter tariflich abgesicherten Bedingungen. *Köhler/Jiménez* (2014) betonen zusätzlich vor dem Hintergrund einer allgemeinen (südeuropäischen) Streikfreudigkeit seit den 1990er Jahren die Entwicklung des sozialen Dialogs und die Einbindung der Gewerkschaften in vielfältige politische Verhandlungsprozesse auf allen Ebenen (a. a. O. 372). Sie betonen ferner einen längerfristigen Trend der Entwicklung eines Defensivcharakters der Arbeitskonflikte (Erhalt von Rechten, Schutz von Arbeitsplätzen, Abwehr von Produktionsverlagerungen, Konzessionsverhandlungen) verbunden mit einem Rückgang der Streikhäufigkeit (a. a. O. 373).

Eine drastische Schwächung Der Gewerkschaften durch die Krise wird dann in beiden Beiträgen für die letzten Jahre herausgearbeitet.¹⁵ Genannt werden:

- eine generelle Schwächung der Gewerkschaften auf betrieblicher Ebene;
- fundamentale Veränderung der industriellen Beziehungen, zunächst durch die Intervention der EU-Administration dann noch radikaler durch die neu ins Amt gekommene konservative Regierung;
- im Ergebnis ein massiv geschwächter institutioneller Einfluss;

¹⁵ Vgl. dazu auch den Beitrag von Ricard Bellara i Kirchhoff auf der FNPA-Jahrestagung 2013 (FNPA 2013).

- schließlich, verbunden mit einer radikalen Sparpolitik der Abbau öffentlicher Sicherung und des öffentlichen Sektors und auch die Kriminalisierung von Protesten.

Gegen diese Politik entwickeln sich seit 2011 öffentliche Proteste in Gestalt neuer sozialer Bewegungen, beginnend mit dem *Movimento 15M*¹⁶. Sie werden vor allem getragen von AkademikerInnen in prekären Lebensverhältnissen, und an ihrer Initiierung sind die Gewerkschaften nicht beteiligt. *Huke/Tietje* gehen dann insbesondere auf die *marea verde* (eine nach den grünen T-Shirts benannte Bewegung im Bildungswesen) und die *marea blanca* (eine Bewegung im spanischen Gesundheitssystem) ein. Im Kontext beider Bewegungen kommen dann auch die Gewerkschaften wieder „ins Spiel“.

Die *marea verde* wird ausgelöst durch die Entlassung von 3000 AushilfslehrerInnen durch die Madrider Regionalregierung. Weitere Gründe sind auch: höhere Studiengebühren, Einsparungen bei Schulbussen und –essen. Sie zitieren aus der spanischen Presse. „jene Teile der Bevölkerung (werden) erneut von der öffentlichen Bildung ausgeschlossen, die im letzten halben Jahrhundert Zugang zur Bildung gefunden haben“ (El Pais 27.05.12).

Der Protest organisiert sich in der Madrider Vollversammlung der Lehrkräfte – teils von den Gewerkschaften (auch radikalen Minderheitsgewerkschaften) teils von der Bewegung 15M initiiert. Mehrere „plataformas“ unter Beteiligung von Studierendenverband, Elternverbänden, Nachbarschaftsvereinigungen bilden sich. Ein Netz von arbeitenden Vollversammlungen entsteht. Eine Vollversammlung beschließt einen unbegrenzten Streik an jeweils drei Tagen pro Woche. Das tragen die Gewerkschaften CCOO, UGT und die Bildungsgewerkschaft STEM nicht mit, weil sie die Aktionseinheit mit zwei konservativen Gewerkschaften nicht gefährden wollen.

Die Bewegung geht an den Universitäten bis in den Herbst weiter. Im folgenden Jahr (2012) führen Gesetzgebungen der neuen konservativen Regierung („Schock- und Konfrontationsstrategie“) zur universitären wie außeruniversitären Bildung sowie regionale Kürzungsprogramme zur Ausweitung auf andere Regionen. Es kommt auch zu Besetzungen. Die Konflikte setzen sich auch 2013 fort, weiterhin gestützt auf kontinuierliche basisdemokratische Vollversammlungen und Kommunikation via New Media.

Das Fazit von *Huke/Tietje* lautet: (1) die basisdemokratischen Vollversammlungen ermöglichen die Entwicklung kollektiver Forderungen, (2) Es gelang, die Kämpfe um Privatisierung und neoliberale Restrukturierung als Kämpfe von Lehrenden, Lernenden und deren Eltern zu führen. (3) Das „Organisieren am Konflikt“ war mit der Entwicklung unkonventioneller Protestformen verknüpft. (4) Es kam zu Spannungen zwi-

¹⁶ Die Bewegung 15M auch mit Bezug auf Stéphane Hessels ‚los indignados‘ aber dann doch nach dem Datum des ersten Protesttages am 15. Mai 2011 benannt. (Köhler/Jiménez (S. 374) schreiben, dass laut Umfragen eine breite Mehrheit der Bevölkerung Form und Inhalt der Proteste 2011 unterstützte.

schen basisdemokratischen Protestformen und gewerkschaftlichen Handlungslogiken. Eine Organisation der Beschäftigten über die Vollversammlungen gelang den Gewerkschaften nur temporär.

Die **mareva blanca** entsteht in Reaktion auf Einsparungen im Gesundheitswesen (Ausgabensenkungen 2012 um 13,7% und 2013 um 22,6% und nochmals 5% Einsparungen durch die Regionalregierungen; Zuzahlung zu Medikamenten, Schließung von Gesundheitszentren in den Stadtvierteln. Im Sommer 2012 beschließt dann die Regionalregierung von Madrid die Privatisierung von 6 Krankenhäusern und 27 Gesundheitszentren. Im November, Dezember 2012 kommt es zu Streiktagen und Besetzungen. Auch hier finden basisdemokratische Vollversammlungen in einzelnen Krankenhäusern statt (denen die privatisiert werden sollen). V. a. die Fachärztevereinigung AFEM wird als Koordinationsplattform wichtig. Sie klagt schließlich erfolgreich gegen Unregelmäßigkeiten im Privatisierungsprozess, der so gestoppt werden kann. Zu der Zeit sind schon 929.000 Unterschriften gegen die Privatisierung gesammelt. Die Vereinigung der Hausärzte ruft außerdem zum zivilen Ungehorsam gegen die Ausgrenzung von Illegalisierten aus dem Gesundheitssystem auf. 1.300 Ärzte erklären, das Dekret aus Gewissensgründen nicht beachten zu wollen. Über die Kampagne Yo Si, Sinidad Universal wird der Aufruf zum zivilen Ungehorsam fortgesetzt.

Huke/Tietje resümieren: Es gebe deutliche Parallelen zur *mareva verde*. Festzuhalten seien insbesondere:

- eine größere Annäherung zwischen Gewerkschaften und NSB,
- eine produktivere Kooperation und minimierte Konflikte zwischen beiden,
- Formen zivilen Ungehorsams seien dieses Mal ausgeprägter, und ziviler Ungehorsam zusammen mit juristischen Strategien öffne neue Räume.
- Bemerkenswert sei zudem die erfolgreiche Mobilisierung einer eher konservativen Belegschaft.

Köhler/Jiménez nennen auch noch eine **mareja naranja** (orange) im Bereich des Sozialwesens, eine **mareja roja** der wissenschaftlichen Arbeiter und eine **mareja negra** der Verwaltungen – allerdings ohne nähere Informationen. Sie berichten weiter, dass sich „viele von Schließungen (Werften, Bergbau) oder Personalabbau (Banken und Sparkassen) bedrohte Belegschaften sehr aktiv an den Massenprotesten beteiligten und einige spektakuläre Aktionen wie den schwarzen Marsch der Bergarbeiter nach Madrid im Sommer 2012 organisierten“ (a. a. O. 374).¹⁷

Unter der Überschrift „Gewerkschaft und (in) Bewegung“ berichten Huke/Tietje (a. a. O. 542ff) weiter über das Beispiel der Landarbeitergewerkschaft SAT (gegründet als

¹⁷ Azzellini (2014) berichtet auch noch über feministische Mobilisierungen („violette Flut“ und darüber, dass „Rentner und Rentnerinnen aus beiden Traditionsgewerkschaften (CCOO und UGT) selbstorganisierte ‚Yayoflautas‘ gegründet haben, die mittlerweile über Basisgruppen in zahlreichen Städten verfügen. In den Yayoflautas organisieren Rentner direkte Aktionen, Bekannt wurden sie vor allem durch ihre Besetzungen von Bankfilialen. Ähnliches lässt sich auch für die USA, die Türkei oder Griechenland sagen“ (a. a. O: 501f).

SOC 1976 aus einer maoistischen Abspaltung der PCE zusammen mit anarchosyndikalistischen Aktivisten und solchen für eine basisdemokratische Kirche von unten). Sie wurde – wohl schon vor der Krise - zur größten LandarbeiterInnen-gewerkschaft in Andalusien und hat einen parlamentarischen Flügel (CUT) mit Abgeordneten in vielen Andalusischen Dörfern und dem Bürgermeister in einem genossenschaftlich verwalteten Dorf. Die SAT organisiert auch Arbeitslose und ArbeiterInnen ohne Papiere. Von daher gibt es offene Berührungsfelder zu anderen Bewegungen und Bewegungsformen. Im Zuge der Krise traten viele AktivistInnen der Bewegung 15M der SAT bei. Deren Organisationsstrukturen sind eher örtlich als betrieblich ausgeprägt. Die Gewerkschaft hat nur einen kleinen hauptamtlichen Apparat. Es gibt dort offenbar ein Rotationsprinzip, aber doch eine dominante Führungsgruppe.

An Protestaktionen im Jahr 2012 werden genannt: kollektive Aneignungsaktionen; Plünderungen von Supermärkten. Gleichzeitig finden aber auch ‚traditionell‘ gewerkschaftliche Aktionen wie Streiks und Besetzungen statt, aber auch Sabotage wird genannt. Für die SAT resultierte daraus „die Gefahr, mehr Bewegung und auf betrieblicher Ebene nicht handlungsfähig zu sein“ Huke/Tietje sprechen von einem Spannungsverhältnis zwischen politischer Kampagnenarbeit und gewerkschaftlichem Alltagsgeschäft – und sie betonen, dass letzteres für den Erfolg der lokalen Gliederungen wichtiger war (a. a. O. 545).

Als wichtige Aspekte heben sie hervor: (1) die Internalisierung der typischen basisnahen Strukturen der Protestbewegung sowie (2) eine hohe gesellschaftliche Anerkennung und Nähe zu Bewegungen und Solidaritätsnetzwerken könne dem Legitimationsverlust der Gewerkschaften entgegenwirken. Das Beispiel der SAZ zeige Möglichkeiten und Grenzen einer konfrontationsorientierten Gewerkschaftsstrategie, denn eine „Normalisierung“ radikaler Politik sei nur um den Preis hoher Geld und z.T. auch von Gefängnisstrafen möglich gewesen.¹⁸ „Radical political unionism“ biete zudem nur begrenzt Antworten auf betriebliche Herausforderungen.

Ihr Fazit aus den drei näher untersuchten Fällen lautet:

- Das Spannungsverhältnis zwischen Gewerkschaftslogiken und basisdemokratischen Vollversammlungen konnte nicht aufgehoben, aber produktiv genutzt werden.
- Das Solidaritätsverständnis der Gewerkschaften wurde ausgeweitet. Betriebliche Kämpfe wurden verstärkt in gesellschaftliche Kämpfe um Gemeingüter wie Bildung und Gesundheit eingebettet.
- Vermehrte gewerkschaftliche Massenmobilisierung auf der Straße stand dem Problem „geringer Responsivität des Staatsapparateensembles“ gegenüber.

¹⁸ Ricard Bellara i Kirchoff hat auf der FNPA-Jahrestagung 2015 anhand von Einzelbeispielen verdeutlicht, dass Formen zivilen Ungehorsams mittlerweile wieder in einem Maße strafbewehrt sind, bei dem der Vergleich zum Franco-Regime fast schon wieder nahe liegt.

- Es gelang durch zivilen Ungehorsam die Austeritätspolitik zu diskreditieren und zu unterlaufen. „Der Protestzyklus 15M hat gewerkschaftliches Handeln verschoben – auch das der Mehrheitsgewerkschaften.“ Aber: „die Neuorientierung von CCOO und UGT schlägt sich bisher nur begrenzt in einer Veränderung grundlegender gewerkschaftlicher Routinen und strategischer Dispositionen nieder“. Bei Verhandlungsangeboten der Regierung saßen sie „blitzschnell wieder am Verhandlungstisch“ und würden „möglicherweise die Mobilisierung teilweise deaktivieren“, so ein Mitarbeiter der CCOO.¹⁹
- Mit der Erschöpfung des Bewegungs-Zyklus stünden auch den Gewerkschaften harte Zeiten bevor.

Köhler/Jiménez sind in ihren Abschließenden Einschätzungen sehr viel skeptischer. Dazu die beiden folgenden Zitate:

„Die zunehmend zerstreute soziale Protestbewegung und die geschwächten Gewerkschaften drohen jedoch in der aktuellen Flut von antisozialen Maßnahmen und Gesetzen zu ertrinken“ (a. a. O. 376), und

„In allen vier Machtdimensionen (strukturelle, organisatorische, institutionelle und kommunikative Macht (Brinkmann u.a. 2008) H M.) haben die spanischen Gewerkschaften – ebenso wie viele ihrer europäischen Partnerorganisationen – in den letzten Jahren empfindliche Verluste erlitten. Krise und Massenarbeitslosigkeit, Prekarisierung und Globalisierung haben die Verhandlungspositionen in Betrieben und Wirtschaft geschwächt. Mitgliederverluste und ein Wandel zu mehr instrumenteller, weniger militanter Einstellung vermindern die organisatorische Stärke, Sozialabbau und Arbeitsmarktreformen minimieren die institutionelle Macht. Und die neoliberale Dominanz wie interne Krisen und ein negatives Image haben die Legitimität der Gewerkschaften in der Gesellschaft auf einen Tiefpunkt gebracht“ (a. a. O. 376f).

Solche unterschiedlichen Bewertungen haben ganz offenkundig wesentlich damit zu tun, ob der Blick (zumindest implizit) auf die Frage nach einem Zurück zu alten Machtpositionen und Verhandlungsmustern gerichtet ist – hier unter Nutzung der Analysedimensionen, die Brinkmann u.a. vorgeschlagen haben - ,oder ob die Perspektive bestimmt ist durch das Neue der neuen sozialen Bewegungen, die die multiplen Krisenentwicklungen zum Gegenstand einer sehr grundsätzlichen Kritik machen. In diesem zweiten Fall nämlich geht es nicht um die Frage der Revitalisierung der Gewerkschaften innerhalb letztlich derjenigen Funktionszusammenhänge, innerhalb derer ihnen in der Vergangenheit erfolgreiche Institutionalisierungs- und Organi-

¹⁹ Auch auf der FNPA-Jahrestagung 2015 wurde deutlich, dass die die Handlungslogiken der großen spanischen Gewerkschaften sozusagen „selbstverständlich“ darauf gerichtet sind, formal den alten Status eines anerkannten Verhandlungspartners zurückzugewinnen, und dies zu kritisieren hieße eben den historisch entwickelten Charakter von Gewerkschaften zu verkennen. Die Frage kann eigentlich immer nur lauten, ob und wie die unterschiedlichen Handlungslogiken von Gewerkschaften als Institutionen und Organisationen der Arbeit und von neuen sozialen Bewegungen wechselseitig transparent und anerkannt und darüber in ihrem Spannungsverhältnis produktiv gemacht werden können.

sationsprozesse gelungen sind, sondern es geht um die Frage, ob aus den neuen sozialen Bewegungszusammenhängen heraus eine neue politische Handlungsmächtigkeit Gestalt gewinnen kann, die aus sich heraus ein in die Zukunft hin offenes Transformationspotential entbinden könnte. Und erst in diesem anderen Kontext stellt sich für die Autoren die Frage, ob und wie den alten, traditionellen Gewerkschaften als Teil eines solchen Prozesses eine Revitalisierung gelingen könnte. *Köhler-Jiménez* liefern dabei jedoch eigentlich allen Anlass für Überlegungen, die in eine solche Richtung zielen - z.B. dort, wo sie hervorheben, dass nach allen gängigen Umfragen

„die politische Klasse Spaniens die am deutlichsten diskreditierte soziale Gruppe und die Korruption von Politik und Verwaltung (...) inzwischen in der Bevölkerung das drängendste politische Problem neben der Arbeitslosigkeit“ sei (a. a. O. 373) und dann etwas später betonen: „Spanien ist ein Schulbeispiel für die Instrumentalisierung der massenhaften Angst vor der Arbeitslosigkeit für einen neoliberalen Umbau der Arbeitsbeziehungen im Sinne von Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerungen, Aushöhlung des Flächentarifvertrags, Schwächung der Gewerkschaften und Deregulierung des Arbeitsmarkts“ (a. a. O. 375).

Ist nämlich diese Beobachtung zutreffend, dann geht es aus der neoliberalen Perspektive heraus um einen Umbau der Gesellschaft, nach dem in ihr kein Platz mehr für Gewerkschaften in ihrer traditionellen Funktionsbestimmung und mit den ihr entsprechenden institutionellen Orientierungen vorgesehen ist! Also muss es dann auch arbeits- und gesellschaftspolitisch um neue, radikalere Antworten gehen, wie sie in Griechenland in Form von Syriza Gestalt gewonnen haben. Hier bleibt die weitere Entwicklung in Spanien abzuwarten. Nach den auf der FNPA-Jahrestagung 2015 getroffenen Einschätzungen zu Spanien ist Z. B. Podemos nicht in vergleichbarer Weise wie Syriza in Griechenland als eng mit den neuen Protestbewegungen verschränkte parteipolitische Strömung zu verstehen. So sehr ihre bisherigen Erfolge im Hinblick auf mögliche Veränderungen des korruptionsanfälligen Zweiparteiensystem Spaniens begrüßt werden, wird die weitere Entwicklung von deren, gegenüber den politischen Parteien offenbar generell distanzierter Seite aus mit einiger Skepsis beobachtet.

4. Die Griechischen Gewerkschaften und die Protest- und Sozialbewegungen gegen die Austeritätspolitik

Die Analyse von *Mario Candeias* und *Eva Völpe* (2014) zielt auf die die neu entstehende Bewegung, also die Besetzung des Syntagma-Platzes am 25. Mai 2011, „nach dem Vorbild der spanischen Indignidad@s der 15M-Bewegung“ (a. a. O. 163) sowie die Entwicklung von Syriza als „neuer Typus einer linken Partei“ (a. a. O. 170ff). Es gibt aber auch einen Abschnitt zu den gewerkschaftlichen Reaktionen auf die Krise; anders als in Spanien aber keine Hinweise darauf, dass sich in Griechen-

land im weiteren Verlauf auch Ansätze einer gewerkschaftlichen Erneuerung, wie in Spanien, hätten finden lassen.

Generalstreiks (in Griechenland zwischen 1980 und 2008 insgesamt 38) sind gewissermaßen routinisierte Formen der Konfliktaustragung zur Kompensierung betrieblich schwach entwickelter Verhandlungsmacht – also wohl Aktionen nach „klassischem“ gewerkschaftlichem Mobilisierungsmuster, mit denen im genannten Zeitraum vermutlich begrenzte Erfolge erreicht werden konnten.

Ab 2009 kommt es in Reaktion auf die Krisenfolgen zu ersten sektoralen Streiks gegen Betriebsschließungen, v. a. von der PAME (kommunistische Gewerkschaft) organisiert. Dann auch wieder zu ersten Generalstreiks, wobei sich die beiden Gewerkschaftsdachverbände gegenüber der PASOK-Regierung noch zurückhalten. Ab 2010 (Erstes Memorandum of Understanding im Gegenzug zu Kreditzusagen) wieder ein Generalstreik im März, zu dem nun auch die Dachverbände aufrufen und dann wieder im Mai (Schulen, Krankenhäuser, Flughäfen, Fähren, Zugverkehr werden bestreikt; es gibt Demonstration von 100.000en in Athen und Thessaloniki). Im Laufe des Jahres 2010 wächst der Unmut in der Bevölkerung.

„Repräsentanten der oberen Gewerkschaftshierarchie wurden auf Demonstrationen wegen ihrer engen Verbindung zur PASOK immer wieder massiv angefeindet“ (a. a. O. 152).

Und *Candeias/Völpel* berichten weiter:

„Neben den Generalstreiks kam es allein 2011 zu rund 500 sektoralen Streiks, im Jahr 2012 stieg die Zahl der Arbeitsniederlegungen bereits auf 700 (...). Die Streiks richteten sich gegen Entlassungen, Versetzungen, Lohnkürzungen, Kürzungsmaßnahmen im öffentlichen Sektor – an den Krankenhäusern, Schulen und Hochschulen sowie im öffentlichen Nahverkehr -, aber auch gegen die Einschränkung von Gewerkschafts- und Tarifrechten“ (a. a. O. 152).

Sie nennt ferner das Beispiel einer spektakulären Arbeitsniederlegung. Dies ist der

„im November 2011 begonnene, über 270 Tage währende Streik der Arbeiter des Stahlwerks von Hellinkiki Halyvouriga in Aspropyrgos, einem Vorort von Athen, (...) Die in der PAME organisierte, rund 300köpfige Belegschaft protestierte gegen Lohnkürzungen von rund 40% und die Einführung eines Fünf-Stunden-Tags“ (S. 153).

In den Medien wurde der Streik totgeschwiegen. Es gab Solidarität seitens der Bevölkerung – wohl im Stadtteil -, aber der Schwesterbetrieb, mit einer PASOK-dominierten Betriebsgewerkschaft akzeptiert die Vorgaben der Werksleitung. Die Streikbeendigung erfolgt schließlich ohne nennenswerte materielle Erfolge. Generell stellen *Candeias/Völpel* fest:

„Hatten in Europa vor der Krise noch 40% aller Generalstreiks zu Zugeständnissen geführt, gelang es nun nicht die Regierung zur Abkehr von der Austeritätspolitik zu zwingen“ (a. a. O. 153).

Als entscheidenden Grund nennen sie die Abschottung des politischen Apparats gegen den Druck der Mobilisierungen unter dem Druck der Troika. Es gibt aber auch Beispiele dafür, dass 2013 Streiks durch Dienstverpflichtungen beendet oder im Vorfeld präventiv verhindert wurden (MetroarbeiterInnen, Seeleute, Lehrer). Das sind faktisch Notstandsmaßnahmen bei Androhung von Gefängnis und Entlassungen.

Streiks sind im Jahr 2013 rückläufig, auch weil die Haushaltseinkommen so stark rückläufig sind (bis zu 40%). Aber Streiks werden nicht gänzlich aufgegeben. Es gibt weiter sektorale Streiks in 2013, u.a. z. B. an den beiden Athener Universitäten, und hier auch mit begrenzten Erfolgen.

Markos Vogiatzoglou (2014) ist in Bezug auf die Entwicklung der Gewerkschaften in Griechenland informativer. Er beschreibt zunächst einige Eigenheiten des griechischen Gewerkschaftssystems:

Die beiden Dachverbände sind GSEE für die Privatwirtschaft und ADEDY für die Staatsbediensteten (für die es keine Tarifverträge gibt, aber den höheren Organisationsgrad). Der Gesamtorganisationsgrad beträgt gut 25% (2007) (bei GSEE 18 und ADEDY 60%). Von den primären Gewerkschaften gewählte Delegierte bilden den Bundeskongress, in dem sich dann nahezu alle politischen Strömungen wiederfinden. Drei Organisationsebenen sind bei der GSEE zu unterscheiden: (1) Einzelgewerkschaften nach Betrieben/Branchen/Berufen (2) regionale Arbeitnehmerzentren und (3) Gewerkschaftsverbände.

Die Reaktionen der Gewerkschaften erfolgen, so Vogiatzoglou weiter, nach 2010 zunächst in Gestalt der schon lange ritualisierten Generalstreiks, angesichts derer 95,2% der Bevölkerung nach einer Umfrage von 2013 meinten, „die Gewerkschaften hätten ‚sehr wenig oder nichts‘ unternommen um die soziale Kahlschlagpolitik abzuwenden“ (a. a. O. 363).

Sehr interessant sind dann die Informationen über die Gewerkschaft prekär Beschäftigter (GPB). Seitens dieser Gewerkschaft gibt es Organisationsbestrebungen angesichts der Zunahme entsprechender Beschäftigungsformen seit Ende der 1990er Jahre. In der Krise kommt es hier zu folgenden Entwicklungen:

- 2009 erfolgt die Einrichtung einer horizontalen Koordination der Athener Basisgewerkschaften. Andere Städte folgten dem Beispiel. Dies ist erstmalig der Versuch, „über die Strukturen der GSEE hinaus die Arbeitnehmerschaft zu organisieren“.
- Mehrheitlich bleiben die GPB-Gewerkschaften aber – bei politischer Distanz - in der GSEE vertreten, weil sie im Vorstand eines lokalen Arbeitnehmerzentrums vertreten sein müssen, um – z.B. im Falle von Kündigungen – rechtlich intervenieren zu können.
- Die PGB-Gewerkschaften haben über die Athener Koordination sehr aktiv an der Antiausteritätsbewegung mitgewirkt: „Während die GPB-Aufrufe Zehntausende, gelegentlich sogar hunderttausende mobilisierten (Er spricht von ei-

genständigen Aufrufen zu Generalstreikdemonstrationen) und zur treibenden Kraft aller Anti-Austeritätsdemonstrationen wurden, gelang es dem GSEE nie, mehr als zehntausend Teilnehmer am Ausgangsplatz ihrer Kundgebungen zu versammeln“ (a. a. O. 365).

- GPB-Mitglieder initiierten aber auch andere Aktivitäten wie (1) „das Kollektiv audiovisueller Techniker Diakoptes, das zur Bereitstellung eines Medienteams am Syntagma-Platz beitrug“ oder die Einrichtung einer „Streik-Suppenküche“ durch die Gewerkschaft der Kellner und Köche von Athen (2010), gefolgt von vielen anderen Kollektiven, die „heute auch die verarmte Bevölkerung mit kostenlosen Mahlzeiten versorgen“ (a. a. O. 365).

Als Problem der PGB wird von Vogiatzoglou dann die Frage angesprochen:

„wie sich eine breite und flexible gewerkschaftsübergreifende Koordinierungsstruktur konsolidieren lässt, ohne die lebendige interne Demokratie zu gefährden. Mitglieder der Athener Koordination kritisieren z.B., dass Syriza ständig versuche, die Kontrolle über die Koordination zu gewinnen“ (S. 365).

Er spricht dann abschließend von Mischansätzen und „Versuchslabors“. Die wichtigsten Beispiele sind aus seiner Sicht:

- „Arbeiterklubs (Ergatikes Leshes), die in letzter Zeit in verschiedenen Stadtteilen Athens aus dem Boden geschossen sind. (flexible Struktur, lokaler Fokus – Zugang zu Mitarbeitern von Kleinstunternehmen und zu Arbeitslosen); Perspektive der Stadtteilgewerkschaft als Ergänzung zur betrieblichen Organisation.
- Besetzte und ‚zurückgewonnene‘ Betriebe (VIOME in Thessaloniki und die staatliche Hörfunk und Fernsehanstalt (ERT) mit – nach Schließung der Athener zentrale - Studios über ganz Griechenland verstreut.
- Zu Dutzenden neu entstandene Kooperative (wozu es in Griechenland keinerlei Erfahrungen gibt, also auch keine negativen wie etwa in Spanien und Italien)“ (a. a. O. 366).

Das interessante an diesen Versuchen sei, dass sie nicht auf die Frage abzielten, welche gewerkschaftlichen Aktivitäten angesichts der Notlage der griechischen Gesellschaft zweckdienlich und möglich seien. Vielmehr liefen sie eher darauf hinaus, „die Inhalte der Gewerkschaftsbewegung *insgesamt* neu zu bestimmen“. Der Begriff des Arbeitsplatzes und Machtverhältnisse der Arbeitswelt würden hinterfragt und Vorschläge unterbreitet, die auf „radikale Veränderungen der Form und Inhalte *gewerkschaftlicher Organisation* hinauslaufen“ (a. a. O. 366).

5. Gewerkschaften und neue Protestbewegungen – 10 Thesen

Insgesamt gibt es in deutscher Sprache nicht sehr viele konkrete Analysen zu einzelnen europäischen Staaten. Ein weiterer Artikel in den WSI-Mitteilungen über die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in Italien und Spanien (Mearedi 2014) zeichnet die drastischen „Reformen“²⁰ nach, die seit 2010 unter dem Druck von EZB, IWF sowie unter direktem Einfluss der deutschen Regierung verabschiedet wurden und auf „das Herzstück des italienischen und spanischen Arbeitsrechts: koordinierte Tarifverhandlungen und Kündigungsschutz“ zielten (a. a. O., 437). Die fragwürdigen ökonomischen Begründungen und Effekte der Maßnahmen wie auch die mit ihnen verbundenen Risiken für die jeweiligen nationalen Systeme industrieller Beziehungen werden analysiert, aber man erfährt wenig über Reaktionen, Handlungsversuche, -grenzen und -möglichkeiten der jeweiligen Gewerkschaften. Ein anderer Artikel über „Krise und Protest auf dem Balkan“ (Jaitner 2014) zielt zwar auf Bewegungen in zwei Balkanstaaten (Kroatien und Bosnien- Herzegowina) unter den Bedingungen „extrem krisenanfällige(r) nationalistisch-neoliberale(r) Gesellschaftsmodelle, aber Gewerkschaften spielen darin keine Rolle. Kontrastiert wird eine „Radikalisierung rechter Kräfte und einer Stärkung der nationalistischen Hegemonie“ in Kroatien mit einer Bewegung in Bosnien-Herzogowina, die den dort „verfassungsrechtlich fixierten Ethnonationalismus zu überwinden (vermochte) und dies mit sozialen Forderungen kombinierte“ (a. a. O. 563). Interessant ist allenfalls in Bezug auf das bosnische Fallbeispiel, dass auch hier wieder von einem „Spannungsverhältnis zwischen der Institutionalisierung einer Bewegung und einer offenen Struktur“ die Rede ist (ebd.) und auf die Grenzen basisdemokratischer Organisationsformen verwiesen wird. Ich denke aber, auch das relativ spärliche Material gibt genug her – auch aufgrund einer beachtlichen Kongruenz, was die Darstellung der sozialen Tatsachen anbelangt -, um ein paar Überlegungen daran anzuschließen. Vor dem Hintergrund der genannten Analysen scheinen mir insbesondere die folgenden zehn Punkte wert, hervorgehoben zu werden:

(1) Kenzeichnend sind, wieder einmal, die basisdemokratischen Strukturen der neuen sozialen Bewegungen

Die Neuen sozialen Bewegungen in der Krise und gegen deren Auswirkungen zeichnen sich offenbar durchgängig durch ihre horizontalen basisdemokratischen Strukturen aus – oft verbunden mit sehr expliziter Kritik an den herrschenden repräsentativen Strukturen, durch die man sich nicht mehr repräsentiert fühlt „Sie nennen es Demokratie, aber das ist es nicht“ lautet eine Parole zu Beginn der Proteste in Spanien, „Sie repräsentieren uns nicht“ in Brasilien, „die Menschen müssen regieren“ in Portugal (Azzellini 498f). Hier zeigt sich die Aktualität von Hannah Arendts Analyse der Revolutionen von 1776 bis 1956 (Arendt 1974), in der sie auf das durchgängige Merkmal der Rätedemokratischen Ansätze verweist, die nie über den „statu nascendi“ hinausgekommen seien, und hier schließen sich viele alte Fragen zum

²⁰ In Titel und Text des Beitrags wird der Begriff der Reformen nicht in Anführungszeichen gesetzt. Mir scheint dies angesichts der neoliberalen Verkehrung des Reformbegriffs allerdings unverzichtbar.

schwierigen Verhältnis zwischen solchen Ansätzen direkter Demokratie und ihrem schwierigen Verhältnis zur Repräsentation des Demos durch politische Parteien an, die Arendt, noch immer zutreffend, analysiert hat.

So stellt sie etwa – das Verhältnis von Räten und politischen Parteien in den Revolutionen nach dem ersten Weltkrieg resümierend – zusammenfassend fest: „Selbst wenn ein Wunder geschehen wäre und die revolutionären Parteiprogramme sich wirklich als Heilmittel aller gesellschaftlichen und politischen Übel erwiesen hätten, so hätten die Räte immer noch gegen sie rebellierte; denn in der Kluft zwischen Parteipolitikern, die alles wussten, und dem Volk, bzw. den Parteimitgliedern, denen die Exekution befohlen wurde, musste das Streben und die Fähigkeit des einzelnen Bürgers, selbst zu handeln und sich seine Meinung zu bilden, untergehen.“ (a. a. O.340) Und etwas später schreibt sie: „Im Grunde haben die Parteien von rechts bis links sehr viel mehr miteinander gemein, als auch die revolutionärste von ihnen je mit den Räten gemein hatte“ (a. a. O. 352).²¹

(2) Dieser empirische Befund veranlasst dazu, von Neuem über Hannah Arends Vertrauen in das „Wunder der Politik“ nachzudenken.

Die neuen sozialen Bewegungen geben so Anlass dazu, sozusagen mit Arendt daran festzuhalten, dass „das Wunder der Politik“ möglich ist, ja sich gerade wieder zu vollziehen begonnen hat – und genauer hinzusehen, welche neuen historisch spezifischen Handlungspotentiale in der Menge der Vielen entstanden sind – von Mittel- und Lateinamerika seit den 1990er Jahren ausgehend über das Maghreb in die „fortgeschrittenen westlichen Ländern“ zunächst und vor allem an der südeuropäischen Peripherie bis zur Türkei und nach Brasilien. Es gibt ganz sicher Gründe von einem „Protestzyklus“ zu sprechen; und man könnte verstehen, dass die Herrschenden Eliten, deren Experten diese Entwicklungen ja beobachten, von Entwicklungen beunruhigt sind, die - wie im Falle Griechenlands – gerade radikal neue politische Mehrheitsverhältnisse geschaffen haben und das in weiteren Fällen (Spanien) ja vielleicht auch tun könnten. Das Vertrauensverhältnis in die repräsentative Demokratie ist jedenfalls in diesen Ländern zutiefst erschüttert und insbesondere die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien haben einen tiefen Niedergang erlebt.

²¹ Eine hübsche Anekdote, die die fortdauernde Gültigkeit dieser Einschätzung illustrieren mag, findet sich bei Azzelini, der berichtet: „In Griechenland besuchten KP-Angehörige Nachbarschaftsversammlungen in Bezirken, in denen sie eine institutionelle Vertretung haben, und teilten den Versammlungen mit, sie bräuchten sich nun nicht mehr zu treffen, da der KP-Abgeordnete ihre Interessen vertreten würde“ (a. a. O. 500). Arendt, hätte hier wieder Anlass gehabt, über mangelnde Denkbereitschaft herzlich zu lachen. Die Äußerung eines Teilnehmers des 15M in Madrid, die ebenfalls Azzelini zitiert (a. a. O. 503) klingt dagegen geradezu Arendtsch: „Demokratie wird beginnen, so etwas zu beinhalten, einen offenen Raum für jeden, nicht ein privatisierter Raum für jene, die über wirtschaftliche oder politische Macht verfügen, und ganz sicher nicht ein privatisierter Raum für professionelle Politiker oder Aktivisten...Demokratie würde heißen, sicherzustellen, dass dieser Raum immer allen offen steht“.

Wie Hannah Arendt (1974) gezeigt hat, ist die Schaffung eines Raumes für das politische Handeln des Demos selbst, und nicht nur seiner gewählten Repräsentanten, für Thomas Jefferson, allerdings erst nach dem Ende seiner politischen Laufbahn, zu einer zentralen Frage geworden. Ganz praktisch war sie dies, wie Arendt weiter zeigt, schon in den beiden großen Revolutionen am Beginn des demokratischen Projekts der Moderne, in denen Räteähnliche Strukturen eine zentrale Rolle spielten. Im darauf folgenden „Jahrhundert der Revolutionen“ (Arendt) ist die Selbsttätigkeit des Demos stetig in Gestalt der Räte wiedergekehrt ist, während man von einem „Rätegedanken“ im Grunde, so Arendt (1974,336), nur bei Jefferson sprechen könne. In den neueren Debatten um die Krise der Demokratie (Literaturübersicht bei Martens 2010,75-110, 2014, 72-98) spielen folgerichtig Fragen nach Beteiligung und Eigentätigkeit des Demos, fast immer mit Rückbezügen auf Arendt, eine erhebliche Rolle. Für Habermas, der das Problem der politischen Krise der EU von den Institutionen her angeht (Habermas 2015b), scheinen diese Debatten nicht bedeutsam zu sein, aber sein Politikverständnis ist durchaus dem emphatischen Politikbegriff von Arendt verbunden. Allerdings hat er schon 1971 konstatiert (Habermas 1971, 242ff), dass Arendts Werk für eine Analyse der Entstehung politischen Handelns hoch anregend sei, für Fragen der strategischen Politikformulierung und verbindlichen Entscheidung jedoch nicht weiterführend.²²

(3) Die sozialen Protestbewegungen in den südeuropäischen Ländern sind durch eine durch große Distanz gegenüber traditionellen Parteien und Organisationen, also (zunächst) auch den Gewerkschaften, gekennzeichnet, und den neuen Medien kommt einige Bedeutung für ihre dynamische Entwicklung zu.

Bemerkenswert ist, dass solche Bewegungen überall ohne engen Bezug zu bestehenden Parteien, Verbänden etc. entstanden sind, dass sie sich zunächst des „klassischen“ öffentlichen Raums bemächtigt haben („Plätze besetzen“). Gerade auch gegenüber den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien und zunächst auch den ihnen nahestehenden Gewerkschaften bestand eine große Distanz. Kennzeichnend ist ferner, dass es hier rasche transnationale Lernprozesse gegeben hat und dass für die Entwicklung der Protestbewegungen die neuen Medien eine große Rolle spielten. Die These Wolfgang Roths (2012) von der katalytischen Funktion von Social Media im Zuge der raschen Entfaltung des Protests bestätigt sich immer wieder. Kennzeichnend für die neuen Protestbewegungen sind, jedenfalls im Zuge ihrer raschen Entfaltung, ihre Vernetzungsdichte, hohe Spontanität und hohe Dynamik. Der Protest entwickelt sich so in Gestalt nicht linearer Systeme. Die Protestierenden machen die Erfahrung, dass sie über die Bildung von Netzen Macht entfalten können und dass sich Macht so neu definiert.

²² Zu meinen u. a. an Arendt anknüpfenden Überlegungen einer, u.a. auch wirtschaftsdemokratischen Erweiterung repräsentativer demokratischer Strukturen siehe Martens 2014c, 99ff.

(4) Erkennbar sind bestimmte Gemeinsamkeiten in der Klassengrundlage der Protestbewegungen, in denen junge, gut qualifizierte Menschen die Aktivisten sind.

Bemerkenswert sind ferner einige weitere Gemeinsamkeiten dieser Bewegungen. Das betrifft allererst die Klassengrundlage: junge gut qualifizierte Menschen tragen die Aktionen. Hohe Aktivitäten sind insbesondere im Bildungs- und Gesundheitsbereich zu beobachten. Der Kampf um öffentliche Güter spielt eine herausgehobene Rolle. Hier sind offenkundig auch eher als konservativ geltende und relativ privilegierte Beschäftigtengruppen, wie in Spanien die Ärzte, mobilisierbar – und dann so kreativ wie bei uns die Ärzte 2005/6 in ihrem Ärztestreik (Martens 2007). Aber wie man z. B. in Spanien sieht, gibt es ganz ähnliche Bewegungsformen auch am „unteren Rand“ der Gesellschaft unter Einbeziehung von Landarbeitern ohne Papiere, also rechtloser Arbeitsimmigranten. Zu den Gemeinsamkeiten gehören weiter die basisdemokratischen Orientierungen sowie einige Kreativität bei der Entwicklung von Protest- und Kampfformen.

(5) Nicht zu übersehen ist ferner die scheinbar rasche Erschöpfung der Bewegungen und deren unterschiedliche Interpretation im Hinblick auf die traditionellen Organisationen der Arbeit.

Dass diese basisdemokratischen Bewegungen sich – sozusagen nach einem kurzen Sommer – erschöpfen, ist nicht überraschend. Aber wichtig ist: in Spanien setzen sie sich, mit unterschiedlichen regionalen oder branchenbezogenen Schwerpunkten über drei Jahre hinweg fort. In Europa und den USA (Occupy) ist es möglich, sie in den Medien weitgehend totzuschweigen bzw. nur sehr selektiv über sie zu berichten, aber in den demokratischen Ländern des Westens kann man sie nicht einfach niederknüppeln. Das war nicht einmal in Ägypten so ohne weiteres möglich. Das Rollback brauchte länger – und seine Ergebnisse sind immer noch abzuwarten. Es ist – jedenfalls im Blick auf weitere südeuropäische Länder – aber auch gänzlich offen ob, und wie das „Plätze sichern!“ (Candeias/Völpel 2014) gelingen kann.

Auffällig ist weiter, dass es dazu, vereinfacht formuliert, zwei Interpretationslinien gibt: die eine ist geprägt durch eine Perspektive, aus der heraus, das Hauptaugenmerk auf den traditionellen Organisationen der Arbeit und den überkommenen Mustern industrieller Beziehungen liegt, in denen sie funktioniert haben. Auch wenn die da ausgebreiteten empirischen Befunde (Köhler/Jiménez) sich von denen der anderen Interpretationslinie (Huke/Tietje) in der Substanz kaum unterscheiden so fallen die Einschätzungen bei ersteren doch sehr pessimistisch aus.²³ Erfolgt die Interpretation demgegenüber vor dem Hintergrund (1) einer scharfen Akzentuierung multipler Krisenentwicklungen sowie (2) der Hypothese des Entstehens einer epochal neuen sozialen Bewegung, dann sind die Prognosen eher derart, dass die Autoren den „Maulwurf“ weiter an der Arbeit sehen. Das ist bei den letztgenannten Autoren der

²³ Der Schritt ist dann u. U. nicht mehr weit zu einem aus tiefer Enttäuschung heraus am Ende höchst konservativen Sicht auf die Gewerkschaften, wie ihn eine Generation zuvor Walther Müller-Jentsch vollzogen hat (vgl. Fußnote 5).

Fall. Wie die Kommunalwahlen in Spanien gezeigt haben, ist solche „Maulwurfsarbeit“ durchaus erfolgreich in der Schaffung neuer stabilerer Strukturen. Und auch für Griechenland gilt ja trotz der aktuellen Niederlage, dass die breite Protestbewegung, aus der heraus Syriza entstanden ist, auf vielfältigen neuen Strukturen beruht und alles andere ist als das Ergebnis einer vorübergehenden populistischen Mobilisierung.

(6) Die vorliegenden Untersuchungen zu den neuen sozialen Protestbewegungen, nicht nur in Südeuropa, werfen einmal mehr die Frage nach dem Verhältnis von Elitenherrschaft und radikaler Demokratie neu auf.

Wissenschaftliche Beobachter dürfen sich nicht damit begnügen, solcher fortgesetzten „Maulwurfsarbeit“ ihre Aufmerksamkeit zu schenken bzw. auf sie zu vertrauen. Sie sind vielmehr dazu herausgefordert über das im Epochenbruch wieder einmal kritisch werdende Verhältnis von Elitenherrschaft und radikaler Demokratie (Martens 2015a) im Licht der empirischen Befunde grundlegend nachzudenken. Vor dem Hintergrund der Erläuterungen zu These drei könnte man meinen, dass hier einmal mehr die Frage nach rätendemokratischen Strukturen auftaucht – und einmal mehr wäre dann die wohlfeile Antwort, dass die erforderlichen Steuerungsleistungen für unsere hochkomplexen Gesellschaften nach diesem Modell schlicht nicht erbracht werden können. Hier käme es zu allererst darauf an, Denkblockaden zu vermeiden. Denn vielleicht geht es hier ja – auch angesichts der allenthalben konstatierten Spannungsverhältnisse zwischen selbsttätig und basisdemokratisch organisierten Protestbewegungen und schon institutionalisierten Organisationen wie den Gewerkschaften – nicht um die Frage einer radikalen Infragestellung von Formen repräsentativer Demokratie sondern vielmehr darum, wie die durch neue radikaldemokratische Instrumente neu „geerdet“ und an die Repräsentierten rückgebunden werden kann (vgl. Martens 2015a und b).

(7) Die Erfahrungen mit der Entwicklung von Kooperationsbeziehungen zwischen neuen sozialen Protestbewegungen und „altern“ Gewerkschaften zeigen: Beide stehen vor der Herausforderung, das Spannungsverhältnis zwischen neuen sozialen Bewegungen und „alten“ Gewerkschaften produktiv zu machen.

Das Spannungsverhältnis zwischen NSB und Gewerkschaften ist nicht nur eines zwischen gewerkschaftlicher Organisationslogik und Basisdemokratie. Es geht auch um tief liegende institutionelle Orientierungen in Gewerkschaften (Interessenvertretung versus ‚Selbertun‘, sich neu „konstituierende Macht“, die „heute nicht mehr ‚Interessenvertretung‘ oder Heilsversprechen für die Zukunft sein“ kann (Azzellini, 509) versus Interessenverband oder politische Partei – und in beiden wird Politik fast ausschließlich repräsentativ gedacht. Die seit dem Beginn des demokratischen PÜrojekts der Moderne ungelöst gebliebene Frage, wie für den Demos selbst und nicht nur für seine gewählten Repräsentanten ein Raum für aktives politisches Handeln geschaffen werden kann, so dass „die Menschen handelnde Wesen werden“

können (Arendt) ist also, zusammen mit der Frage wie denn heute ein gutes Leben für alle aussehen könnte, neu auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Auf der einen Seite finden wir die alte Orientierung an dem Modell von „Arbeitsfortschritt-Glück“ dessen Verwirklichung letztlich die gewählten Repräsentanten der lebendigen Arbeit gewährleisten sollten. Auf der anderen Seite steht die Organisation eigenständiger Handlungsprozesse in neu geschaffenen öffentlichen Räumen zur Bewältigung akuter Probleme hier und jetzt – verbunden mit der radikal neu aufgeworfenen Frage, an welchen Zukunftsversprechen und –orientierungen man sich denn heute aus der Perspektive der 99 Prozent heraus orientieren kann. Dass dieses Spannungsverhältnis von den „traditionellen“ Gewerkschaften in Spanien – offenbar weitergehend als in Griechenland – in der Krise ein Stück weit produktiv gemacht werden konnte, ist in diesem Zusammenhang sehr bemerkenswert. Fast noch bemerkenswerter ist die Rolle von kleineren Gewerkschaften. Das hat ziemlich sicher, neben der Tiefe der Krise, viel damit zu tun, dass es hier um Beschäftigten-segmente - in Bildung und Gesundheitswesen oder bei den prekär Beschäftigten – geht, denen die ‚klassischen‘ gewerkschaftlichen Routinen noch fremd sind.

(8) Mit der Herausforderung, dieses Spannungsverhältnis produktiv zu machen ist allerdings eine zweite Herausforderung verbunden, nämlich die, den konservativen Charakter jeglicher Institutionalierungsprozesse ernst zu nehmen, ohne ihm zu erliegen.

Damit kommt so etwas wie die „konservative Seite“ der aus einer alten/vergangenen sozialen Bewegung heraus Organisation und Institution gewordenen Gewerkschaften ‚ins Spiel‘. Wird er nicht angemessen reflektiert – im Hinblick auf ein theoretisch angemessenes Verständnis der dann wirksam werdenden institutionellen Mechanismen (Rehfeld 1994) endet man schnell bei so kurzschlüssigen Wendungen; wie sie etwa Müller-Jentsch 1984 vollzogen hat (vgl. Fn 5). Ganz sicher wird man dann so etwas wie institutionelle Logiken erkennen, und anerkennen, müssen, die sich nicht einfach außer Kraft setzen lassen, die aber auch ihre Grenzen haben. Und dann erst lässt sich produktiv die Frage danach aufwerfen, wie man neue „Dialogräume“ zwischen Gewerkschaften und sozialen Protestbewegungen neu entwickeln kann, wo sich unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten wechselseitig ergänzen können und so weiter.

Und richtig spannend wird es hier dann, wenn man von einer theoretisch aufgeklärteren Position aus das „Selbertun“ in Industrie- oder produktionsnahen Dienstleistungsbetrieben näher betrachtet, wenn man prüft, ob und wie es die gewerkschaftlichen Routinen ‚sprengt‘ und was daraus folgen kann. Die in der hier herangezogenen Literatur nur cursorisch angesprochenen Betriebsbesetzungen in Griechenland und Spanien könnten dazu vermutlich neues Anschauungsmaterial liefern. In Deutschland jedenfalls hat dazu – unter noch ganz anderen Rahmenbedingungen - der Siemenskonflikt von 2002 bis 2004 mit seiner „Nachgeschichte“ einiges Anschauungsmaterial geliefert, zu dem eine ausführliche Analyse vorliegt (Martens/Dechmann 2010, 56-61 und 157-189). Entsprechende Erfahrungen gibt es im Licht der hier ausgewerteten Literatur bislang kaum – vielleicht von kleinen Einzelfäl-

len im Zuge der von verschiedenen Autoren berichteten Betriebsbesetzungen etc. einmal abgesehen. Ich würde von der Hypothese ausgehen, dass das Spannungsverhältnis zwischen Gewerkschaften und neuen basisdemokratisch organisierten Protestbewegungen nicht aufhebbar ist. Worauf es für beide Seiten (neue soziale Bewegungen und alte Gewerkschaften) ankäme, wäre es auszuhalten und wo irgend möglich produktiv zu machen.

(9) Am Beispiel der vorliegenden Untersuchungen zu Südeuropa ist – wenig überraschend - zu erkennen, dass angesichts der rigiden Austeritätspolitik besondere Konfliktpotentiale im öffentlichen Dienst entstanden sind.

Im Blick auf die Gewerkschaften selbst springt ein anderer Aspekt besonders ins Auge: Es sind insbesondere Gewerkschaften, die DienstleistungsarbeiterInnen im öffentlichen Sektor beschäftigen, die engere Berührungsfelder zu den sozialen Protestbewegungen herstellen – nicht überraschend, sind doch vor allem in diesen Bereichen die durch die Austeritätspolitik weiter entleerten Kassen für die Beschäftigten sofort spürbar und wird doch der Rückzug eines in den südeuropäischen Staaten ohnehin schwach entwickelten Sozialstaates hier besonders leicht zum auch politischen Skandal. Die in der Logik des neoliberalen Projekts angelegte Privatisierung öffentlicher Dienste und fortschreitende Aushöhlung von Sozialstaatlichkeit wird so zu einem Kristallisationspunkt sozialer Konflikte.

Man könnte deshalb an dieser Stelle auch sagen, dass die Erfahrungen in Spanien unterstreichen, was hierzulande im Verhältnis von ver.di zu den großen Industriegewerkschaften auch zu sehen ist: die Gewerkschaften im öffentlichen Sektor haben unter den Bedingungen des neoliberalen Rollbacks aus vielerlei Gründen das größere Radikalisierungspotential. Die „klassischen“ alten Industriegewerkschaften als „Kinder des Fordismus“ tun sich demgegenüber ausgesprochen schwer. Zum einen sind hier in vielen Bereichen „klassische“ gewerkschaftliche Handlungsroutrinen stärker ausgeprägt und verankert. Zum anderen sind in den Kernländern der EU mit einer stark exportorientierten Industrie die unmittelbaren Interessen der Arbeitenden auch immer noch eher korporatistisch mit der herrschenden TINA-Politik zu verknüpfen Oder anders formuliert: „die Wiederkehr des Politischen gegen den Amoklauf der Ökonomie“ (ISM) kann hier nicht einfach aus so etwas wie kurzfristiger „Interessenpolitik“²⁴ entwickelt werden. Sie ist vielmehr nur möglich, wenn man zunächst einmal theoretisch verstanden hat, dass Politik das „Überschreiten von Interessen“ (Arendt) bedeutet.

(10) Wenn man angesichts der neuen sozialen Protestbewegung die alte Frage nach dem Verhältnis von Elitenherrschaft und radikaler Demo-

²⁴ In der deutschen Mainstreamsoziologie ist demgegenüber der Begriff der Interessenpolitik geradezu unausrottbar – einerseits als eine Art Nachhall einer früher einmal engeren Affinität zu bestimmten Traditionslinien marxistischen Denkens, andererseits als Ausdruck davon, dass Arbeits- und Industriesoziologen in ihrer fachlichen Spezialisierung sicherlich theoretisch über Arbeit nachdenken, kaum aber einmal wirklich ernsthaft über Politik.

kratie neu aufgeworfen sieht, dann darf man bei der Suche nach neuen Antworten die emanzipatorische Kraft der Subjektivierung von Arbeit nicht außer Acht lassen. Die neuen Potentiale einer Demokratisierung der Arbeit

Die angesprochenen Momente von Selbsttätigkeit und basisdemokratischen Organisationsformen in den neuen Protestbewegungen und der Vergleich zu ähnlichen Organisationsformen in Arbeitskonflikten im Konjunkturzyklus 2002 bis 2008, die Gruppen hochqualifizierter Beschäftigter getragen wurden – ich habe für Deutschland den Siemenskonflikt in den Jahren 2002-2004 oder auf den Ärztestreik von 2005/6 gbenannt – verweisen schließlich generell auf neue Potentiale einer „Demokratisierung der Arbeit“ (Fricke/Wagner 2012, Martens 2014). Von hier aus lässt sich schließlich auch der Bogen zur Überlegungen zu einer „Neuen Wirtschaftsdemokratie“ (Martens 2010, 2015b) schlagen: Das Demokratiepotehtial, das in den NSB sichtbar wird – in Deutschland etwa auch bei Stuttgart. 21 –, aber auch in einzelnen Betriebsbesetzungen und „Rückeroberungen“ (Griechenland), oder bei der Gründung altbekannter Formen von Selbsthilfe, wie den Kooperativen in Griechenland, bestätigt die Einschätzung, dass die „Demokratisierung der Arbeit“ als Grundlage einer Demokratisierung der Wirtschaft potentiell ein solides Fundament hätte. Mit ihr ernst zu machen, würde aber zunächst einmal die Demokratisierung der Arbeit zur Voraussetzung haben. Wenn die vielberufenen „Arbeitskraftunternehmer“ aus Sicht ihres Managements zum unternehmerischen Mitdenken und zum Selbertun angehalten sind, dann ist hier ganz augenscheinlich ein Potential vorhanden, von dem her die Arbeitenden und ihre Gewerkschaften erweiterte demokratische Rechte in der Arbeit selbst gut begründet fordern könnten.²⁵

Ein Hindernis, dieses Potential für eine Demokratisierung der Arbeit freizusetzen, liegt allerdings auch in „klassischen“ gewerkschaftlichen Selbstverständnissen, wie sie z.B. unlängst kritisch in einem Papier der AG Wirtschaftsademokratie der Gewerkschaft ver.,di angesprochen worden sind. Oder, um die gegenläufige, institutionentheoretisch belehrte Perspektive an dieser Stelle noch einmal heranzuziehen: unsere Gewerkschaften werden sich schwer damit tun, eine Demokratisierung der Wirtschaft voranzutreiben, die nicht wesentlich repräsentativ gedacht ist und

²⁵ Hier liegt ein zentraler Unterschied zur Habermaschen Kritik, dass nicht Banken, sondern Bürger (...) über Europa entscheiden müssen (Habermas 2015). Habermas nimmt die BürgerInnen nur als Akteure im öffentlichen Raum im Blick, wo ihre aktive Teilhabe weitgehend auf die Wahrnehmung von Wahlrechten reduziert bleibt. Als Arbeitende, für die es auch in der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft um demokratische Rechte gehen könnte (Lieb 2009, Martens 2010), spielen sie keine Rolle. Vor dem Hintergrund von Habermas', an Hannah Arendt spezifisch anschließender, begrifflicher Differenzierung von Arbeit und Interaktion ist dies konsequent. Wenn man es hingegen zurückweist, aus dieser analytisch in Grenzen sinnvollen Unterscheidung so etwas wie eine Realtrennung zu machen, dann eröffnet man sich die Sphäre von Arbeit und Wirtschaft von neuem als eine Sphäre, die direkter demokratischer Gestaltung zugänglich ist – und in der die ArbeitsbürgerInnen vielleicht am aller ehesten einen Raum finden könnten, der aktives (arbeits)politisches Handeln aller ermöglicht und darüber als auch öffentlicher und nicht nur privatrechtlich verfasster Raum neu zu konstituieren wäre.

bei der ihre haupt- und ehrenamtlichen Spitzenfunktionäre nicht – wie bei Naphtali sehr ausgeprägt gedacht – als Repräsentanten und „Austauscheliten“ die entscheidenden Akteure einer solchen Demokratisierung sein sollen. Mit anderen Worten, und wieder „von unten“ aus dem Blickwinkel der Potenziale „neuer Arbeit“ betrachtet: Wirtschaftsdemokratie als ein treibendes Moment einer radikalen Demokratie, die sich gegen eine sich verfestigende Elitenherrschaft wendet, wäre immer auch ein Prozess, der auf die Veränderung tief verankerter alter institutioneller Orientierungen von Gewerkschaften zielt.²⁶

6. Schlussbemerkungen

In den südeuropäischen Ländern ist heute zu sehen, was in der Konsequenz neoliberaler Politik liegt: Das Schleifen der institutionell verfassten Arbeitsgesellschaft und damit zuletzt auch der Gewerkschaften als Organisationen und Institutionen der Arbeit. Das Handeln der Gewerkschaften dort, in diesem Aufsatz für Spanien und Griechenland nachgezeichnet, war zunächst geprägt durch das Festhalten an überkommenen, gewissermaßen institutionell befestigten Handlungsmustern. Dazu gehört der Schulterschluss mit den sozialistischen Parteien, wenn man so will bis zum ‚bitteren Ende‘, ebenso sowie das Festhalten an den gewohnten Kampfformen „sekundärer Arbeitspolitik“²⁷, auch wenn sie erkennbar ins Leere liefen. Es waren dann in Spanien wie in Griechenland die neuen sozialen Protestbewegungen, die sich weitgehend unabhängig von den Gewerkschaften entwickelten und so Impulse für eine neue „primäre Arbeitspolitik“ der Gewerkschaften selbst auslösten.

Diesen Entwicklungen entspricht zu gewissem Grade das Handeln der Gewerkschaften in anderen europäischen Ländern, also in ihrem je nationalen Handlungsrahmen. In Deutschland etwa wäre hier als jüngste Entwicklung auf das „Bündnis für Industrie“ zu verweisen, das einen Vorläufer in gewisser Weise im „Bündnis für Arbeit“ der 1990er Jahre, oder noch früher im „Modell Deutschland“ gehabt hat (vgl. Bischoff u.a. 2015). Immer wieder geht es nach ähnlichem Muster um Anstrengungen darum, angesichts einer als systemisch in letztlich nicht gestaltbar angesehen Globalisierung in eins Wettbewerbsbedingungen für eine exportorientierte Industrie, einen möglichst hohen Beschäftigungsgrad sowie bedrohte wohlfahrtsstaatliche Regelungen für „gute Arbeit“ zu sichern. Es sind also in diesem Sinne immer konservierende Konzepte, die verfolgt werden.

²⁶ Zu „alter“ und „neuer“ Wirtschaftsdemokratie vgl. in diesem Zusammenhang Martens 2015b.

²⁷ Frieder O. Wolf (2001) hat die Unterscheidung von „sekundärer und primärer Arbeitspolitik“ eingeführt und wie folgt gekennzeichnet. Erstere meint „bewährte“, oft institutionell befestigte Handlungsmuster aus vergangenen sozialen Konflikten, auf die immer wieder zurückgegriffen werde, die aber möglicherweise im Blick auf neu aufbrechende soziale Konflikte gar nicht mehr zielführend seien. Primäre Arbeitspolitik hingegen meint diejenigen Handlungsmuster, die bei neu aufbrechenden sozialen Konflikten unter mittlerweile veränderten gesellschaftlichen Bedingungen, z.B. den mit der Subjektivierung, Entgrenzung und Digitalisierung von Arbeit einhergehenden Veränderungen, zu beobachten sind

Es ist unübersehbar, dass dies eine defensive Strategie ist, mit der es den Gewerkschaften immer wieder nur in Teilen gelingen kann, die erodierenden Institutionen der Arbeit zu verteidigen, die dem steten Druck eines sich weiter verschärfenden globalen Wettbewerbs ausgesetzt sind. Aber sie versuchen so eigene Machtressourcen zu wahren. Folgerichtig sind die Gewerkschaften hierzulande zugleich zur „Flucht nach vorne“ gezwungen (Lehndorff 2012b), die ganz wesentlich darin besteht, vermehrt prozessorientiert in die permanent durch den Wettbewerb forcierten Restrukturierungsprozesse einzugreifen und dazu die aktive Beteiligung und das „Selbertun“ der Beschäftigten zu stärken. Dafür schaffen zugleich die Veränderungen „neuer Arbeit“ immer bessere Voraussetzungen. Aber dieses Aufgreifen von Ansätzen einer neuen „primären“ Arbeitspolitik bleibt bislang noch immer der defensiven Grundlinie der Verteidigung überkommener zwar erodierender, aber immer noch institutionell befestigter Machtpositionen untergeordnet. Und ebenso sind in diesem Rahmen die durchaus potentiell offensiven europapolitischen Konzepte, wie etwa der „Marshall-Plan für Europa“ immer noch weit davon entfernt zu wirklichen neuen arbeitspolitischen Ansätzen gemacht zu werden. Es gibt auf der einen Seite eine gute papierne Beschlusslage, auf der anderen Seite aber keinerlei gewerkschaftliche Handlungsansätze, geschweige denn eine Kampagne, die geeignet sind, aus dieser Beschlusslage Politik zu machen. Das ist in der Schlussdebatte der jüngsten Jahrestagung des FNPA (2015) völlig zutreffend hervorgehoben worden.

Sicherlich hat dies auch damit zu tun, dass eine faktische Hinnahme der neoliberalen Hegemonie hier - verbunden mit dem Versuch unter immer noch vergleichsweise günstigen Bedingungen Beschäftigten- und Mitgliederinteressen möglichst wirksam zu vertreten – und ihre brachiale Durchsetzung dort – ohne Rücksicht auf alle sozialen Verwüstungen, die das bedeutet – dem bewährten Prinzip des Teile und Herrsche folgt. Zudem wird sie, wie einleitend betont, durch Schuldzuweisungen und Feindbildkonstruktionen flankiert. Eine große Rolle spielt aber eben auch, dass ein „Kurswechsel“²⁸ oder ein „Neustart“²⁹ der Gewerkschaften immer auch bedeuten müsste, verbliebene, noch leidlich institutionell befestigte Handlungsspielräume, die sich im innereuropäischen Vergleich nach wie vor als deutliche Stärke darstellen, aufs Spiel zu setzen. Riskierte man dies, so könnte man sich ja durchaus nicht sicher sein, dass neue, etwa systematisch beteiligungs- und damit auch konfliktorientierte Handlungsansätze wirklich größere Erfolge zeitigen werden. Man könnte auch sagen, dass die Gewerkschaften gewissermaßen in einem „Gefangenendilemma“ ganz eigener Art festsitzen (vgl. Martens 2014, 60-71). Sie könnten aus diesem Dilemma vermutlich nur auf dem Wege einer möglichst breiten aktiven Beteiligung der Repräsentierten herauskommen. Aber auch dies bedeutet ja bereits eine sehr grundlegende Infragestellung gewohnter, institutionell tief verankerter Mechanismen. Am Beginn

²⁸ Die Formulierung zielt auf die Debatten hin zum und in der Verarbeitung des Kurswechselkongresses der IG Metall im Dezember 2012 (Huber 2010, IG Metall Vorstand 2013).

²⁹ Vgl. das „Plädoyer für einen Neustart“ des Forum Gewerkschaften (2014), das darauf zielt, aus der „Flucht nach vorn“ heraus einen neuen offensiven strategischen Ansatz zu entwickeln.

solcher Beteiligung wäre also offenzulegen, dass es einerseits unabwiesbare negative Folgen des Weiter-so im Rahmen der „bewährten“ institutionellen Strategien gibt und dass andererseits Alternativen dazu so viel „neues Denken“ erfordern, dass ohne möglichst aktive Beteiligung einer möglichst großen Zahl von Menschen zweierlei nicht zu haben ist: erstens ein möglichst hohes Maß an Sachkompetenz, das unausweichliche Risiken eines Kurswechsels mindern hilft, und zweitens die Herbeiführung eines möglichst breiten Konsenses, der allein es den Repräsentanten der erst zu findenden „neuen Politik der Arbeit“ erleichtert, wenn nicht überhaupt erst ermöglicht, selbst aktiv den zweifellos riskanten Kurswechsel voranzutreiben.

Es ist heute unabweisbar, dass die so immer noch durchgesetzte neoliberale Wirtschaftspolitik ökonomisch falsch ist. Selbst der IWF, sozusagen „die Mutter aller Austeritätspolitik“ (Hoffer 2015) bescheinigt der jüngsten „Lösung“ der „Griechenlandkrise“, dass sie scheitern wird. Die Logik dieser Politik muss, letztlich in der EU insgesamt, zu einer fortgesetzten Abwärtsspirale führen, und ihre Durchsetzung hat mittlerweile zugleich zu deutlichen politischen Rissen innerhalb der EU führt. Gewerkschaftliche Handlungsgrundlagen werden so auch in den Kernländern der EU mittel- und längerfristig weiter aufgezehrt, solange es nicht gelingt, aus dem Zirkel defensiv ausgerichteter Handlungsstrategien einer „sekundären“ Arbeitspolitik herauszukommen. Neuer Widerstand ist bislang in massiven und eindeutigen Formen am südlichen Rand der EU entstanden, und die wichtigsten Impulse dazu kamen zunächst von außerhalb der Gewerkschaften, wurden dort aber von ihnen aufgegriffen. Gleichwohl sind ihre Handlungsmöglichkeiten inzwischen im Ergebnis des neoliberalen Rollbacks massiv begrenzt. Die Gewerkschaften in den Kernländern haben heute noch immer ein größeres Spektrum von Handlungsoptionen vor sich. Die Frage ist, ob sie sich ohne jede Beschönigung mit den Konsequenzen einer weiter forcierten Austeritätspolitik auseinandersetzen werden und eine zunehmend besser fundierte kritische Position ihr, und der sie flankierenden medialen Begleitung gegenüber offensiv zu vertreten wagen. Es kann einem dazu ein Wort der Schriftstellerin Ingeborg Bachmann einfallen: „Die Wahrheit ist den Menschen zuzumuten“, aber auch der Satz von Rosa Luxemburg, dass das Aussprechen der Wahrheit, die erste revolutionäre Tat ist.

Literatur:

- Ammon, U.; Kern, P.; Martens, H.; Meier, S. (2006): Gewerkschaften und Nachhaltigkeit. Chancen und Barrieren eines Nachhaltigkeitsdialogs? Das Beispiel der IG Bauen-Agrar-Umwelt, Forschungsbericht, Dortmund
- Arendt, H. (1974): Über die Revolution, München-Zürich
- (1993): Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass. Hgg. von U. Ludz, München, Zürich
- Azzelini, D. (2014): Ein Epochenbruch. Die neuen globalen Proteste zwischen Organisation und Bewegung, in PROKLA, Heft 177, Jg: 2014, Nr. 2, S. 495-512

- Bewernitz, T. (2014): Globale Krise – globale Streikwelle? Zwischen den ökonomischen und den demokratisch-politischen Protesten herrscht keine zufällige Gleichzeitigkeit, in: PROKLA, Heft 177, Jg: 2014, Nr. 2, S. 513-529
- Bickes, H.; Butulussi, E.; Otten, T.; Schendel, J.; Sdroulia, A.; Steinhoff, A. (2012): Die Dynamik der Konstruktion von Differenz und Feindseligkeit am Beispiel der Finanzkrise Griechenlands. Hört beim Geld die Freundschaft auf? Kritisch-diskursanalytische Untersuchungen der Berichterstattung ausgewählter deutscher und griechischer Medien, München
- Bischoff, J.; Radke, B.,; Troost A. (2015): Industrie der Zukunft? Wertschöpfung zwischen De-Industrialisierung und vierter industrieller Revolution, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 6/2015
- Blom, P. (2010): Böse Philosophen. Ein Salon in Paris und das vergessene Erbe der Aufklärung, München
- Brinkmann, U.; Choi, Hae-Lin; Detje, R.; Dörre, K.; Holst, H.; Karakayali, S.; Schmalstieg, C. (2008): Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms, Wiesbaden
- Buckel, S.; Oberndorfer, L.; Troost, A.; Ypsilanti A. (2013): Solidarisches Europa. Mosaiklinke Perspektiven, Hamburg
- Candeias, M.; Völpel, E. (2014): Plätze sichern! Reorganisierung der Linken in der Krise. Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland, Hamburg
- Condorcet, M. J. (1776): Entwurf einer historischen Darstellung der Entwicklung des menschlichen Geistes, Frankfurt am Main
- Dörre, K. (1999): Global Players, local Heroes. Chancen und Grenzen regionaler Industriepolitik, in: Soziale Welt, 2/1999, S. 189-205
- Duval, G. (2014): Agenda 2010 und der „Pakt für Verantwortung“ in Frankreich. Vortrag auf der FNPA-Jahrestagung 2014, www.FNPA.de
- Europa Neu begründen! Den Marsch in den Ruin stoppen! Die Krise durch Solidarität und Demokratie bewältigen! www.europa-neu-begrunden.de/index.html
- Enzensberger, H. M. (2011): Sanftes Monster Brüssel oder die Entmündigung Europas, Berlin
- FNPA (2009): Europa sind wir. Wege aus der europäischen Krise – für einen europäischen Gesellschaftsvertrag, Jahrestagung Berlin 2009, www.FNPA.de
- (2011): Neue Wirtschaftsdemokratie und europäische Wirtschaftspolitik, Jahrestagung Berlin 2011, www.FNPA.de
 - (2012): Europakrise: Passive Revolution oder demokratische Aufbrüche, Jahrestagung Berlin 2012, www.fnpa.de
 - (2013): Ökonomische und politische Krise in Europa – Chancen für ein soziales und demokratisches Europa, Jahrestagung 2013. Berlin, www.fnpa.de
 - (2014): Europäische Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Arbeitspolitik, Jahrestagung 2014, www.fnpa.de
 - (2015): Nationale europäische Gewerkschaften in Zweiten der Eurokrise - Entwicklungstendenzen und Strategien im Vergleich, Jahrestagung Berlin 2015, www.FNPA.de
- Forum Gewerkschaften (2014): Plädoyer für einen Neustart. Betriebliche Mitbestimmung auf dem Prüfstand, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 11/2014
- Fricke, W.; Wagner, H. (Hg.) (2012): Demokratisierung der Arbeit. Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie, Hamburg
- Habermas, J. „Hannah Arendt“ (1971), in: ders., Philosophisch-politische Profile, erweiterte Ausgabe, Frankfurt/Main-Wien 1987, 223-248.
- (2014): Warum der Ausbau der Europäischen Union zu einer supranationalen Demokratie nötig und wie er möglich ist, in: Leviathan 4/2014, 525-538
 - (2015): Sand im Getriebe. Nicht Banken, sondern Bürger müssen über Europa entscheiden, in SZ 23. 06. 2015
- Hardt, M.; Negri, A. (2002): Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt a.M./Zürich/Wien

- Heil, R.; Hetzel, A.(2006): Die unendliche Aufgabe – Perspektiven und Grenzen radikaler Demokratie, in: dies. (Hg.):Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie, Bielefeld, S. 7-23
- Hoffer, F. (2015): Ein Schrecken ohne Grexit oder Schrexit?, in: Gegenblende. Das gewerkschaftliche Debattenmagazin, 24. 07. 2015, www.gegenblende.de
- Höpner, M. (2015): Der integrationistische Fehlschluss, in: Leviathan 1/2015, S. 29-
- Huber, B. (2010): Kurswechsel für Deutschland. Lehren aus der Krise. Frankfurt/New York
- Huke, N.,; Tietje, O. (2014): Gewerkschaftliche Erneuerung in der Eurokrise. Neue Organisationsformen der spanischen Gewerkschaften während des Protestzyklus Ab 2011, in: PROKLA, Heft 177, Jg: 2014, Nr. 2, S. 531-548
- IG Metall Vorstand (2013): Ökonomie, Ökologie, Soziales Europa. Kurswechselkongress Berlin, 5.-7. Dezember 2012, Frankfurt am Main
- ISM (2015): Europe will never be the same again – Statement des Vorstandes des Instituts Solidarische Moderne, Mittwoch 14. 07. 2015
- Ist Europa noch zu retten? Supplement der Zeitschrift Sozialismus 2/2014, S. 3-11
- Jaitner, F. (2014): Krise und Protest auf dem Balkan. Von sozialer Emanzipation bis Nationalchauvinismus am Beispiel von Kroatien und Bosnien-Herzegowina, in: PROKLA, Heft 177, Jg: 2014, Nr. 2, S. 549-565
- Köhler, H. D.; Jiménez, J. P. C. (2014): Spanien: Massenmobilisierungen gegen das Austeritätsdiktat, in: WSI-Mitteilungen5/2014, S. 369-377
- Krugman, P. (2009):Die neue Weltwirtschaftskrise, Frankfurt/New York
- Lehndorff, S. (2012a): Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt – Zehn Länderfallstudien, Hamburg
- Lehndorff (2012b): ‚Besser statt billiger Demokratisierung der Arbeit als Flucht nach vorn. in: Fricke, W.; Wagner, H. (Hg.): Demokratisierung der Arbeit. Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie, Hamburg, S. 203-221
- Lieb, A. (2009):Demokratie: Ein politisches und soziales Projekt? Zum Stellenwert von Arbeit in zeitgenössischen Demokratiekonzepten, Münster
- Lucas, E. (1983): Vom Scheitern der deutschen Arbeiterbewegung. Basel und Frankfurt am Main
- Martens, H. (2005): Institution oder sozialer Bewegung – strategische Herausforderungen der Gewerkschaften, in: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen, 2/2005, S. 98-105
- (2006): Zum Organisationsentwicklungsprozess der IG BAU als Anpassungsprozess an dramatische Umbrüche - Gewerkschaften im Epochenbruch, www.drhelmutmartens.de
 - (2007): Primäre Arbeitspolitik und Gewerkschaften im Gesundheitswesen, Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier 143, Düsseldorf
 - (2008): Primäre Arbeitspolitik und Gewerkschaften im Gesundheitswesen. Der Ärztestreik 2006 als Beispiel primärer Arbeitspolitik in Zeiten tiefgreifender gesellschaftlicher Umbrüche, Hans-Böckler-Stiftung Arbeitspapier 143, Düsseldorf
 - (2010): Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik, Hamburg
 - (2013a): Anschlussfähigkeit oder politische Subjektivierung. Zur grundlagentheoretischen Fundierung anwendungsorientierter Arbeitsforschung Eine auch persönliche Bilanz, Münster
 - (2013b): Sport als Spiegel der Gesellschaft und Risse in der Schein- und Gegenwelt des Fußballs – die Unterhaltungsindustrie des Sports angesichts gesellschaftlicher Krisenprozesse, www.drhelmutmartens.de
 - (2014a): Politische Subjektivierung und neues zivilisatorisches Modell. Plessner, Elias, Arendt, Rancière und Foucault zusammen- und weiterdenken, Münster
 - (2014b): Europäische Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Arbeitspolitik – Zwölf Thesen, in: SPW, Heft 202, Ausgabe 3/2014, S. 50-58
 - (2014c): Forum Neue Politik der Arbeit: „Europäische Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Arbeitspolitik – Guter Arbeit in Europa?“ – ein Tagungsbericht, SPW, Heft 202, Ausgabe 3/2014, S.73-75

- (2015a): Zwischen Elitenherrschaft und radikaler Demokratie. www.drhelmutmartens.de
 - (2015b): Alte und neue Wirtschaftsdemokratie, in: Sozialismus 2/2014, S. 44-48
 - (2015c): Europakrise – Die Grenzen des Habermasschen Vorstoßes und die weitergehenden Engführungen seiner Kritiker - oder: ohne politökonomische Fundierung muss die kurzatmige Habermaskritik in Dilemmata enden
- Martens, H.,; Dechmann, U., (2010): Am Ende der Deutschland AG, Münster
- Martens, H.; Peter, G.; Wolf, F. O. (1984): Arbeit und technik in der Krise. Gewerkschaftliche Politik und alternative Bewegung, sfs-Beiträge aus der Forschung, Band 2, Dortmund
- Martens, H.; Scholz, D. (2011): Wirtschaftsdemokratie neu denken, www.fnpa.de
- Martens, H.; Steinke, J. (1993): Gewerkschaftliche Arbeit „vor Ort“. Lokale Arbeitspolitik als Zukunftschance, Köln
- Meardi, G. (2014): Arbeitsbeziehungen in der Zerreißprobe? Reformen in Italien und Spanien während der Großen Rezession, in: WSI-Mitteilungen 6/2014, S. 430-437
- Müller-Jentsch, W. (1984) Klassen-Auseinander-Setzungen. Lesarten über die Arbeitskonflikte der siebziger Jahre und Mutmaßungen über die Zukunft der Gewerkschaften, in: Prokla 54, S. 10-32
- Negt, O.; Kluge, A. (1981): Geschichte und Eigensinn, Frankfurt am Main
- Oertzen. P. v. (1984): Für einen neuen Reformismus, Hamburg
- PROKLA-Redaktion (2014); Editorial: Globale Proteste zwischen Organisation und Bewegung, in: PROKLA, Heft 177, Jg: 2014, Nr. 2, S.466-474
- Rehberg, K.-S. (1994): Institutionen als symbolische Ordnungen. Leitfragen und Grundkategorien zur Theorie und Analyse institutioneller Mechanismen, in: Göhler, GT. (Hg.): Die Eigenart politischer Institutionen, Baden-Baden
- Rieger, A. (2014): Umkämpftes Projekt Europa. Europapolitische Debatten der Gewerkschaften seit den 1970er Jahren, in: Widerspruch – 65/2014, S. 81-91
- (2015): Perspektiven der europäischen Gewerkschaften nach der Krise – gibt es gemeinsame Handlungsperspektiven? Vortrag auf der FNPA-Jahrestagung 2015 „Nationale europäische Gewerkschaften in Zeiten der Eurokrise - Entwicklungstendenzen und Strategien im Vergleich
- Rancière, J. (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt am Main
- Roth, R. (2012): Vom Scheitern und Gelingen sozialer Bewegungen, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Heft 1/2012, S. 21-31
- Rudolf, R.; Bischoff, R.; Leiderer, E. (Hg.) (2011): Protest Bewegung Umbruch. Von der Stellvertreter- zur Beteiligungsdemokratie, Hamburg
- Sauer, T.; Wahl, P. (2013): Welche Zukunft für die EU? Eine Kontroverse, in: Dies. (Hg): Welche Zukunft hat die EU? Eine Kontroverse. Reader des Wissenschaftlichen Beirats von attac, Hamburg 2013, S. 8-26
- Scharpf, F. W. (2015): Das Dilemma der supranationalen Demokratie in Europa, in: Leviathan 1/2015, S. 11-28
- Schmalz, S.; Dörre, K. (2013): Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven, Frankfurt am Main
- Scholz, D.; Glawe, H.; Martens., H.; Paust-Lassen, P.; Reitzig, J.; Peter, G.; Wolf, F.O. (Hg.) (2006): Turnaround. Strategien für eine neue Politik der Arbeit, Münster
- Scholz, D.; Schmidt-Hullmann, A.; Karras, A.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Pieper, W. Wolf, F. O. (Hg.) (2009): „Europa sind wir – Gewerkschaftspolitik für ein anderes Europa“, Münster
- Streeck, W. (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2012, Berlin
- Vogiatzoglou, M. (2014): Die griechische Gewerkschaftsbewegung: Protest- und Sozialbewegungen im Kontext der Austeritätspolitik, in: WSI-Mitteilungen 5/2014, S. 361-368
- Verheugen, G. (2015): Die Griechenlandhetze hat bei uns angefangen, interview „Deutschland Kultur“ 06.07.- 2015, http://www.deutschlandradiokultur.de/guenter-verheugen-zum-greferendum-die-griechenland-hetze.1008.de.html?dram:article_id=324599

- Wallerstein, I. (2014): Vergangenheit und Zukunft der Globalen Linken, in: PROKLA, Heft 177, Jg: 2014, Nr. 2, S. 601-621
- Wolf, F. (2008): Haben wir es nicht auch etwas kleiner? Rückfragen zum überschwänglichen Projekt der Multitude, in: Peter, G.; Wolf, F. (unter Mitarbeit von Pia Paust-Lassen und Andreas Peter): Welt ist Arbeit. Im Kampf um die neue Ordnung, Münster, S. 65-71
- (2009): Wie funktioniert europäische Politik und wie kann sie verändert werden? in: Scholz, D.; Schmidt-Hullmann, Á.; Karras, A.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Pieper, W. Wolf, F. O. (Hg.) (2009): „Europa sind wir – Gewerkschaftspolitik für ein anderes Europa“, Münster, S. 17-39
 - (2012): Rückkehr in die Zukunft – Krisen und Alternativen. Beiträge zur radikalen Philosophie, Münster
 - Zinn, K. G. (2015): Troika gegen Syriza – mehr als nur politisch unkorrekte Semantik, in: Sozialismus, 7/8 2015, S. 26f

Literatur: